

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Nr. 4.

Donnerstag, 19. Januar.

1882.

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
H. Geiser, Gottlingen-Zürich
Rothstrasse 2.
Verfassungen
franco gegen franco
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Topposten.

Abonnements
werden nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
vorwärts zahlbaren
Wertscheitel von:
Fr. 2. — für die Schweiz (Kreuzgang)
Mt. 3. — für Deutschland (Gaubert)
R. 1. 70 für Österreich (Gaubert)
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder
Welschverlein (Kreuzgang).

Inserate
Die Verlagspreise sind
25 Hfr. — 30 Hfr.

In der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Österreich verboten ist, bezw. verfolgt wird, und die dortigen Behörden die alle Maße geben, unsere Verbindungen nach Italien während möglich zu erklären, resp. Briefe von dort an und aus unsere Zeitungs- und sonstigen Verbindungen nach dort abzusagen, so ist die zukünftige Verhaftung im Falle der Verhaftung notwendig und darf keine Verhaftungsmaßregel verhängt werden, die Verhaftung über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Verbindungen zu klären, und letztere dadurch zu schützen. Hauptabsicht ist dies, einverleibt, daß unsere Freunde so leicht

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst abzugeben, sondern sich möglichst an irgend eine unerschütterliche Adresse außerhalb Deutschlands und Österreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch und möglichst unerschütterliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelsfällen empfiehlt sich jedoch, um trotz aller möglicher Komplikationen, sobald es uns liegt, werden wir gewiß wieder Wege nach Italien suchen, um trotz aller möglicher Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Der „Sozialdemokrat“ auf der Anklagebank.

I.

Die Redaktion des „Sozialdemokrat“ befindet sich heute auf der Anklagebank. Und zwar angeklagt, nicht vom ersten besten hergelaufenen Staatsanwalt, sondern von dem Kandidaten der sozialistischen Arbeiter des dritten Hamburger Wahlkreises, Gen. Ernst Breuel, nicht wegen irgend eines Vergehens gegen das Strafgesetzbuch des heiligen preussischen Reiches deutscher Nation, sondern der Schädigung unserer Partei, der, wenn auch unbewußten, so doch nicht minder wirksamen Tätigkeit für Puttkamer und Konsorten.

Das ist eine schwere Anklage für die Redaktion des Parteiorgans, die schwerste, welche überhaupt erhoben werden kann. Es ziemt sich daher, sie mit voller Würdigung ihrer Bedeutung ernsthaft zu diskutieren. Hören wir also zunächst den Ankläger. Derselbe schreibt uns:

„Kopenhagen, 1. Januar 1882.“

„Geehrter Herr Redakteur!“

„Die Nr. 51 des „Sozialdemokrat“ enthält einen mit „Entweder — Oder“ überschriebenen Leitartikel, in welchem verschiedene Auslassungen der Genossen Hasenclever und Bloß über das Verhältnis der Partei zur Redaktion des „Sozialdemokrat“ einer scharfen Kritik unterzogen werden.“

„Schreiber dieses hat die feste Ueberzeugung, daß es dringend geboten erscheint, die betreffenden Auslassungen gründlich zu diskutieren und zum Austrage zu bringen, und Sie erlauben Sie denn auch mir, daß ich Ihnen offen und ehrlich meine Meinung sage.“

„In der Sache selbst stelle ich mich auf Seiten der Genossen Bloß und Hasenclever, die Forum aber, in welcher dieselben der Sache näher getreten sind, muß ich entschieden mißbilligen. Unmöglich können die Benannten der Parteileitung so fern gestanden haben, als daß es ihnen unmöglich gewesen wäre, ihren Einfluß in ihrem Sinne geltend zu machen, oder aber eine öffentliche Diskussion im „Sozialdemokrat“ herbeizuführen. Im Reichstage hätte meiner Meinung nach so etwas nicht vorkommen dürfen. Doch ist dieses Sache der betreffenden Abgeordneten selber.“

„Was den Kern der Sache anbelangt, so lege ich der Ueberzeugung, daß die politische Haltung des „Sozialdemokrat“ weder dem Charakter noch der Situation unserer Partei entspricht. Was die deutsche Sozialdemokratie groß und unüberwindlich gemacht hat, ist ihre Objektivität, eine Objektivität, welche durch nichts von der vorgezeichneten Bahn abdrängen läßt, und welche selbst in den brutalsten Provokationen des Gegners noch Produkte von Zeit und Umständen erlöst. Der „Sozialdemokrat“ neigt sich, so sehr derselbe auch über Kosten und anderweitigen Anarchismus herzieht, immer mehr selbst beständig zu. Zahlreiche Leitartikel, Gedichte und sonstige redaktionelle Aufsätze legen ein berechtigtes Zeugnis hiervon ab. Ich erinnere nur an einen Leitartikel (die betr. Nummer ist mir nicht mehr zu Hand), in welchem die Organisation von allen, selbst den schrapstrahlenden Saboteuren — eigene Worte des betr. Leitartikels — zur Gründung einer großen Revolutionsarmee gefordert wurde, ferner an die zahllosen Rebellionslieder, sowie an die unmaßigen Hinweise auf die demnächst eintreffende große Revolution.“

„Heißt das denn Charakter und der Situation unserer Partei entsprechen?“

„Mit derartigen leeren Drohungen lockt man in Deutschland keine Hand hinter dem Ofen hervor, denn jeder einsichtige Genosse sagt sich mit Recht, daß eine baldigst eintretende Revolution unserer Partei nur das Schicksal der Pariser Kommune bereiten würde. Was uns nachthat, ist eine unablässig betriebene Aufklärung der Volksmassen und die deutsche Sozialdemokratie würde wahrhaftig ihren Namen nicht verdienen, wenn sie dieser ihrer Aufgabe nicht auch unter dem Regime des Sozialistengesetzes gerecht werden würde.“

„Wer sich zu Ausschreitungen, wie sie im „Sozialdemokrat“ duldendweise enthalten sind, durch Provokationen der Gegner hincischen läßt, arbeitet bewußt oder unbewußt letzterem in die Hände, liefert dem Herrn Puttkamer nur Material zur Begründung seiner Maßnahmen und nützt der großen Sache durchaus nichts.“

„An der Lauterkeit unserer Prinzipien und der Charakterreinheit ihrer Lehren wird der Widerstand der Feinde zerfallen, und das, wie ich hoffe, in nicht allzuferner Zeit.“

„Zum Beweise dafür, daß der von mir behauptete Standpunkt von sehr vielen Genossen geteilt wird, führe ich Ihnen als Faktum an, daß vor Jahresfrist in einer Konferenz, in welcher die Genossen von Hamburg-Altona und Ottenen vertreten waren, beschlossen wurde, die Verbreitung des „Sozialdemokrat“ nicht mehr als Parteisache zu betrachten.“

„Zum Schluß erwähne ich kurz wie folgt:“

„Genosse Bloß hat Recht, wenn er sagt: „Die deutsche Sozialdemokratie hat dem Weien nach kein Organ.““

„Es sind dieses weder der Züricher „Sozialdemokrat“, noch jene dem und da auftauchenden von den Genossen stark geliesenen bürgerlich-demokratischen Blätter, wie z. B. die „Hamburger Bürgerzeitg.“, welche letztere in ihrem arbeiterfreundlichen Eifer die braven Altonaer Genossen, welche trotz Belagerungszustand öffentlich für die Wahl Hasenclevers agitieren, als halbwillkürliche stark angetrunkene Burfschen aufmarschieren ließ.“

„Kögen die Genossen Bedel und Kuer die politische Haltung des „Sozialdemokrat“ mit ihrem Namen zu decken suchen, die Majorität der selbstbewußten Genossen Deutschlands haben sie meiner festen Ueberzeugung“

*) Dieser Beschluß war, wie uns damals mitgeteilt wurde, nicht eine Folge der Schreibweise des „Sozialdemokrat“, sondern durch interne Verhältnisse der Hamburg-Altonaer Genossen hervorgerufen. Beschadet hat er der Verbreitung des „Sozialdemokrat“ in Hamburg-Altona nur vorübergehend und die Tatsache, daß das Abonnement seitdem da selbst ununterbrochen gestiegen ist, beweist nicht gerade, daß der „Sozialdemokrat“ den dortigen Genossen zu recht ist.

nach in dieser Frage nicht hinter sich. Auch ich lehne gleich Hasenclever jede Verantwortung für die Schreibweise des „Sozialdemokrat“ hiermit auf's Entschiedenste ab und wünsche nichts schärfer, als daß letzterer zum Besten der Partei baldigst das Verlethene seiner bis dato innegehaltenen Agitationsweise corrigieren möge.

„Mit sozialdemokratischem Gruß!“

Ihr
Ernst Breuel,
Hamburger Ausgewiesener.“

Das ist offen und rückhaltlos gesprochen, hat daher Anspruch auf eine ebenso rückhaltlose Erwiderung. Vorausgeschickt wollen wir indeß, daß wir auf die Frage:

„Angeklagter, bekennen Sie sich schuldig?“

mit lauter und vernehmlicher Stimme antworten:

Nein!

Und dieses „Nein!“ wollen wir jetzt begründen.

Mit Genugthuung konstatieren wir zunächst, daß Breuel mit uns die Art, wie Bloß und Hasenclever über die Stellung der Partei zum „Sozialdemokrat“ im Reichstage gesprochen, für unpassend erklärt.

Soweit formell, nun aber zur Sache.

Der erste sachliche Vorwurf, den Genosse Breuel gegen uns erhebt, ist der Mangel an „Objektivität“.

Wenn wir ihn recht verstehen, so soll damit gesagt werden, daß wir uns von der rein sachlichen, alle Nebenumstände berücksichtigenden Beurteilung der Verhältnisse und Vorgänge auf die subjektive, persönliche, somit also einseitige Bekämpfung haben drängen lassen, daß wir nicht „in den brutalsten Provokationen unserer Gegner noch Produkte von Zeit und Umständen erblickten“.

Das uns Genosse Breuel hier vorwirft, trifft im gewissen Sinne zu, aber, Genosse Breuel, wir rechnen es uns als ein Verdienst an, daß es zutrifft. Ja, wir haben mit vollem Bewußtsein gegen die von Ihnen hervorgehobene Objektivität uns „vergangen“. Denn diese Objektivität ist die Mutter des politischen Indifferentismus.

Wie man jeden Sach durch Uebertreibung in's Unsinnsige verkehren kann, so ist dies auch sozialistischerseits oft mit dem an und für sich unumstößlichen Satz geschehen, daß die Menschen Produkte der sie umgebenden Verhältnisse seien. Die logische Folge dieses Satzes ist nicht die Verneinung des freien Willens und der aus ihm resultierenden Verantwortlichkeit, sondern die richtige Abgrenzung derselben. Je weiter die Erkenntnis, die Unterscheidungsfähigkeit des Individuums vorgeht, je unabhängiger dasselbe seiner sozialen Stellung nach, um so größer seine Verantwortung. Wir beurteilen den aus Noth begangenen Diebstahl, eine in der Erregung verübte Mißhandlung deshalb auch viel milder als einen wohlgeplanten Diebstahl, eine mit voller Ueberlegung begangene Vergewaltigung. Gerade weil wir objektiv urtheilen, nennen wir den Richter, der mit vollständiger Erkenntnis dessen, was er thut, einen unserer Genossen verurtheilt, wo er ihn freisprechen müßte, einen Schurken, einen Verbrecher, für den keine Strafe zu hart ist. Die Richter des Reichsgerichts, die ja doch zum Mindesten die Grundsätze des geltenden Rechtes kennen und trotzdem die sogenannten „Hochverräther“ auf mehrere Jahre ins Zuchthaus stecken, sind uns viel verächtlichere Hallunken als z. B. irgend ein Landgendarm, der seine Befugnisse überschreitet und auf einen Zivilisten mit der blanken Klinge dreinhaut, für dessen Brutalität aber zum großen Theil das elende System, nach welchem er zum stupiden Vieh gedrillt worden ist, verantwortlich zu machen ist.

Das System nun, welches wir bekämpfen, schwebt nicht in der Luft, es hat seine bestimmten Träger, die es stützen, die es um jeden Preis aufrecht erhalten wollen und zu diesem Zwecke vor der äußersten Gewalt nicht zurückschrecken, deshalb müssen wir notwendigerweise auch jene Träger bekämpfen, und zwar mit äußerster Energie.

Wir bekämpfen das heutige Lohnsystem und dessen Konsequenzen, ohne die einzelnen Unternehmer dafür verantwortlich zu machen. Wenn aber irgend ein Stumm auf Grund seiner Stellung als Arbeitgeber die Arbeiter, die er materiell ausbeutet, auch noch geistig zu knechten sich erfrecht, wenn irgend eine Kapitalhähne die Opfer ihrer Ausbeutung noch bei jeder Gelegenheit raffiniert bestiehlt, dann hört die „Objektivität“ auf, dann bekämpfen wir direkt das Individuum. Wir sind nicht nur die Partei des wissenschaftlichen Sozialismus, sondern wir sind als solche die Partei des modernen Klassenkampfes zwischen Kapital und Arbeit, ein Kampf, der mit akademischen Diskussionen nicht ausgefochten werden kann.

Sie sind aus Hamburg, wo Sie seit Jahren ansässig waren und ein Geschäft betrieben, ausgewiesen worden, Genosse Breuel. Sagen Sie aufrichtig, als man Sie auswies, als man Sie von Frau und Kind forttrieb, wie einen Auswägigen, haben Sie da gar nichts von Haß und Ingrimm gespürt? Hätten Sie nicht am liebsten die Gesellschaft, welche Sie ausgewiesen hat, zum Teufel gejagt? Versetzen Sie sich in Ihre damalige Stimmung zurück, und nun denken Sie, es besteht ein Blatt im Ausland,

welches durch die elenden deutschen Pressgesetze nicht gebunden ist, soll dieses Blatt diesem Ingrimm nicht Ausdruck geben, soll dieses Blatt der Gesellschaft, welche Ihr Menschenrecht mit Füßen getreten, nicht ein baldiges Ende mit Schrecken wünschen?

O nein! das soll es nicht. Es soll kein „objektiv“ sich damit begnügen, die Ungerechtigkeit, die man begangen hat, zu konstatieren und den Machthabern zu sagen, daß ihr Verfahren doch „recht inhuman“ ist und möglicherweise eines Tages wohl üble Folgen zeitigen könnte.

Den Teufel auch! Als ob die Gesellschaft nicht sehr gut wüßte, was sie thut, als ob sie es nicht absichtlich darauf abgesehen hätte, uns durch ihre Verfolgungen müde, gefügig, zu guten, objektiv denkenden Unterthanen zu machen!

Blicken Sie doch um sich, Genosse Breuel! Gehen Sie in welches Land Sie immer wollen, und dann sagen Sie uns, ob Sie noch ein zweites Volk in Europa gefunden, wo man Fußtritte so philosophisch, so „objektiv“ aufnimmt als in Deutschland! Die gemeinsten Brutalitäten sind gegen unsere Genossen verübt worden, Infamien, die Jedem das Blut kochen machen müssen; und was ist von unserer Seite dagegen geschehen? Es sind verschiedene revolutionäre Flugblätter verbreitet worden, und in zwei bis jetzt bekannt gewordenen Fällen hat man Spione geächtigt, aber die gemeinsten Hallunken, ein Engel in Altona z. B., laufen noch heute ungenirt herum.

Nicht, daß wir unsere Genossen in Deutschland der Freiheit anklagen wollten. Im Gegenteil, die letzten Reichstagswahlen haben bewiesen, daß sie nichts weniger als Duckmäuser geworden sind, sondern ihrem Mann stehen so gut wie früher. Konnte uns doch einer unserer hervorragendsten Vorkämpfer, der von jeder nationalen Voreingenommenheit frei ist, mit Recht schreiben: So famos hat sich noch kein Proletariat benommen. Also nicht Freiheit werfen wir unseren Genossen in Deutschland vor. Was wir aber bedauern, das ist, daß sie sich daran gewöhnen, die Polizei- und Gerichtsinfamien als etwas selbstverständliches hinzunehmen. Es sind vortreffliche Sozialisten, aber es fehlt ihnen das Gefühl für die Unbill, die sie erleiden, es fehlt ihnen der revolutionäre Geist.

Nun werden Sie doch mit uns längst der Ueberzeugung sein, daß der Stimmzettel zwar ein vortreffliches Agitations- und Propagandamittel ist, aber auch nicht mehr. Daß wir unsere Bestrebungen auf parlamentarischem Wege durchsetzen werden, diese Illusion haben gewiß auch Sie längst abgestreift. Wenn dem aber so ist, wenn unsere Gegner uns täglich zeigen, daß wir auf eine friedliche, gezielte Erreichung unserer Bestrebungen nicht zu rechnen haben, wenn sich andererseits unsere wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse so zuspitzen, daß schließlich nur die Wahl bleibt zwischen einem Versinken unserer Arbeiter in die Stumpfheit der himelstischen Kulis oder einer revolutionären sozialistischen Erhebung, ist es dann nicht Pflicht des Parteiorgans, der Idee der Letzteren in den Köpfen immer mehr Eingang zu verschaffen, den Geist des Widerstands, der Empörung oder, um das verpönte Wort zu gebrauchen, der Rebellion zu säen?

Aber damit „arbeiten wir Herrn Puttkamer in die Hände!“ O, lieber Genosse Breuel, womit arbeiten wir nicht Herrn Puttkamer in die Hände? Sollen wir, die unterdrückte, die außerhalb des Gesetzes gestellte Partei, der Welt das klägliche Schauspiel der Fortschrittspartei bieten, die fortgesetzt ihre Loyalität betheuert und je mehr sie dies thut, desto größere Tritte auf den Hintern erhält? Wir, die Partei der revolutionären Klasse par excellence?

Einem Vorwand zur Aufrechthaltung des infamen Gesetzes werden unsere Feinde stets finden, selbst wenn der „Sozialdemokrat“ die Sprache der jüngst verbotenen „Deutschen Blätter“ reden würde, des können Sie unbeforgt sein.

Das Sozialistengesetz wird bestehen, so lange unsere Feinde Grund haben, es nicht aufzuheben, und die Kraft, es aufrechtzuerhalten. Grund es bestehen zu lassen, haben sie, solange unsere Partei ungechwächt und ungebrosen dasteht, so lange sie ihr Programm, Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer Konsequenzen, seinem vollen Umfang nach aufrecht erhält. Und daß wir davon kein Jota aufgeben wollen, darüber herrscht unter uns keine Meinungsverschiedenheit. Die Kraft aber, das Sozialistengesetz aufrechtzuerhalten, werden unsere Gegner haben, solange in den Massen der Glaube an den Fortbestand der heutigen Zustände vorherrscht. Solange nicht die Massen zur Erkenntnis gekommen sind, auf wie schwachen Füßen heute unser ganzes gesellschaftliches Ausbeutungssystem besteht, solange das arbeitende Volk kein Vertrauen in seine eigene Kraft hat, so lange man mit dem Wort „Revolution“ in der That „keinen Hund hinter dem Ofen hervorlockt“, so lange wird man nicht ablassen, durch Verfolgungen uns todt-machen zu wollen, und schließlich auch Erfolge erzielen. Sind aber die Massen von dem Gedanken des Widerstands durchdrungen, fühlen sie sich stark genug, im geeigneten Augenblick der Gewalt ihrer Unterdrücker auch ihrerseits die Gewalt entgegenzusetzen, dann sind auch die Tage des Sozialistengesetzes

gezählt. Das ist wenigstens unsere Ueberzeugung, die wir nicht von gestern auf heute gewonnen haben, sondern aus der Geschichte, sowohl der allgemeinen, als auch der des Sozialistengesetzes im Besonderen. In diesem Sinne suchen wir die revolutionäre Energie, das Selbstvertrauen und die Leidenschaft der deutschen Arbeiter zu stärken, und soweit wir aus den Zuschriften, die wir erhalten, schließen können, haben wir die überwiegende Mehrzahl unserer Genossen dabei prinzipiell auf unserer Seite.

Sobiel im Allgemeinen. Auf die weiteren Vorwürfe und Einwände des Genossen Breuel in einem zweiten Artikel.

Briefe aus dem Reichstage.

Berlin, 12. Januar 1882.

Am Montag kam die zweimal vertagte Hertling'sche Interpellation glücklich zur Verhandlung. Bismarck hatte sich gestellt, und die Staatsaktion konnte vor sich gehen. Die Rede des Herrn Hertling ist schon mehrmals im Reichstage gehalten worden, und sie war diesmal gerade so langweilig wie früher. Interessant und amüsant war dagegen das Auftreten Bismarcks. Vor Allem überraschend. Ein renommistischer Korpseur, der sich plötzlich als ängstlicher Stubengelehrter präsentiert. Nicht als ob ich Bismarck für einen Stubengelehrten, überhaupt für einen Gelehrten hielte, — das wäre ein groteskes Mißverständnis. Aber er hat an dem Bismarck, was nicht der Gelehrte, aber der Wissenschaft zum ersten Male in seinem Leben geredet, und der Versuch ist ihm in den Kopf geschlagen und hat lähmend auf ihn gewirkt.

Der „eiserne Kanzler“, der über der Nationalökonomie zu stehen wähnte, hat eine Ahnung seiner Unwissenheit bekommen und sein bisheriges Selbstvertrauen verloren. Er dachte mit dem Sozialismus spielen zu können, und siehe da, er hat gefunden, daß der Sozialismus eine Wissenschaft ist, und daß er, der „eiserne Kanzler“, von dieser Wissenschaft nichts versteht. Welchen Einfluß die Privatissima des Herrn Ermischer's Schläffe an dieser merkwürdigen Wandlung gehabt haben, das will ich dahin gestellt sein lassen, — genug, als Fürst Bismarck am vorigen Montag, statt nach seiner bisherigen Weise, läßt wie ein Stier im Porzellanladen, die Gesetze der Nationalökonomie auf die Hörner zu nehmen und unter die Füße zu trampeln, zimperlich wie ein Kloster erzogener Pöbel die wirtschaftlichen und sozialen Fragen vorsichtig-schüchtern ansieht, als wäre es rothglühendes Eisen, da ging ein allgemeines Ah! der Verwunderung durch den Reichstag, und die Herren Manchestermänner, denen doch etwas bang geworden war vor dem großen Gespenst des Staatssozialismus, sie atmeten erleichtert auf. Der sozialistische Pöbel ist auf dem besten Wege, zu einem manchesterlichen Schaulus zu werden. Das unterliegt keinem Zweifel. Abgesehen von den unvermeidlichen Körper- und Sogverrentungen, hätten Richter oder Richter diese Rede des „eisernen“ halten können — das heißt, wenn sie Minister wären und nicht in der Opposition.

Summa Summarum — Bismarck hat gemerkt, daß die bürgerliche Gesellschaft etwas stärker ist als er sich vorgestellt, und daß er sich in ein hoffnungsloses Abenteuer gestürzt. Und zurück kann er nicht mehr. Aber auch nicht vorwärts — und das ist das Fatale. Wäre er ein Mensch von anderem Stoff, hätte er je einen edlen Gedanken, je einen Funken von Großherzigkeit gehabt — man müßte den verachteten Anwalt des armen Mannes aufrichtig bemitleiden. So können wir nur Schadenfreude empfinden. Wir haben es ihm vorausgesagt. Er war gewarnt.

Und dann, was waren seine Motive? Hat er nicht bloß aus demagogischer Ehrsucht und zu den gemeinsten realistischen Zwecken gehandelt? Wo solch niedrige Beweggründe obwalten und jedes ideale, echt menschliche Moment fehlt, da kann ein tragisches Interesse nicht aufkommen. Höchstens ein psychologisches. Der mit allen Hunden geheute Falschspieler, der am Ende seiner Kunst ist. Womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß es mit dem Herrn Reichskanzler nun sofort zu Ende sei. So lange der alte Kaiser lebt, ist der Hausmeister sicher in seinem Posten; und wenn man die Hand an dem Knopf hat, durch dessen Berührung anderthalb Millionen Soldaten in Bewegung gesetzt und die ungeheuren Hülsenquellen eines Reiches von 45 Millionen Menschen auf den Präsentirteller gebracht werden können, dann läßt sich noch eine Zeitlang fortwirtschaften. Indes der Anfang vom Ende ist's doch.

Die Rathlosigkeit Bismarck's war für uns ein großer Triumph. Sie bekräftigt die Wichtigkeit unserer Auffassung: Daß die Staatsmänner des heutigen Klassenstaates nicht im Stand sind, die soziale Frage zu lösen. Sätten sie selbst den besten Willen dazu, der Klassenstaat mit Allem, was drum und dran hängt, würde sie hindern.

Grillenberger, der von unserer Seite sprach, benutzte sehr gut „den manchesterlichen Hauch“ der Bismarck'schen Rede und vertrat durchaus korrekt und mit sichtlichem Effekt den Standpunkt der Sozialdemokratie mit Bezug auf die sogenannte Sozialreform. Wir nehmen was wir bekommen; wir nehmen es nicht als Gnade, sondern als Recht — als keine Abschlagszahlungen, der weitere folgen müssen, bis wir das Ganze erlangen können.

In Details gehe ich nicht ein, da Sie ja die Rede nach dem stenographischen Berichte im Auszuge bringen werden. Genau, sie war tactisch ebenso geschickt als rhetorisch gelungen.

Die Debatte ist so verlaufen, wie ich verlaufen mußte: im Sand. Ein paar nebelhafte Andeutungen von embryonischen Zukunftsplänen, ein uebelhafter Hinweis auf eine Frühjahrsession — das ist das praktische Ergebnis. Und darum Räuber und Würder, ich wollte sagen: Anwalt des armen Mannes*, geheimer Ankläger des Kapitalismus, posthomer Prediger des „praktischen Christenthums“. Wahrhaftig, um zu diesem kläglichen Fazit zu kommen, brauchte der lange „Percy“ nicht ein volles Jahr lang himmelstürmischen Speinels zu machen, den Olymp der Bourgeois-Götter zu bedrohen. Den alten Titanen ist der Olymp nicht gelungen — und auch Titane Bismarck ist aus dem Himmel seiner staatssozialistischen Utopien heruntergeworfen worden auf die harte reale Erde des manchesterlichen Bürgerthums. Er befehlt seine Beulen und sucht seine Gedanken zu sammeln. Lassen wir ihn bei dieser schweren Arbeit!

Den Montag und Dienstag hatte die Interpellation Hertling in Anspruch genommen, die zwei folgenden Tage (gestern und heute) gehörten dem Antrag Windthorst, der auf Aufhebung des Ausnahmengesetzes vom 4. Mai 1874 (des „Kirchenamtergesetzes“) hinausläuft. Wir hatten die Absicht, hierzu ein Amendement einzubringen, welches den Windthorst'schen Antrag verallgemeinerte und die Abschaffung sämtlicher Ausnahmengesetze bestimmte. Allein leider scheiterte wir mit unserem Vorhaben an der Geschäftsordnung, und wir mußten unseren Antrag als selbstständigen Antrag einbringen, was auch bereits geschehen ist. Der Antrag, welcher voraussichtlich nächsten Mittwoch auf die Tagesordnung kommt, wird von Windthorst begründet werden, der ihn heute in der Debatte, wo er unsere Stellung zum Windthorst'schen Antrag präzisirt, schon anknüpfte. Anger den gegen das Zentrum gerichteten Ausnahmengesetzen, einschließlich des „Kanzelparagraphen“, umfaßt unser Antrag den Essigischen Disziplinarparagraphen und natürlich das Sozialistengesetz. Einen Antrag auf Abschaffung bloß des letzteren zu stellen, wie uns von verschiedenen Seiten gerathen ward, schien uns aus tathlichen und prinzipiellen Gründen unthunlich.

Erwähnt muß hier werden, daß die „Volkspartei“ ihre „wahre Demokratie“ dadurch bewies, daß sie die Unterschriften zu unserem Antrage verweigerte; nur Köhl machte eine Ausnahme. 4 Mitglieder der Fortschrittspartei bekräftigten die „wahren Demokraten“ und gaben sofort ihre Unterschriften.

Am Montag beginnt vermutlich die dritte Lesung des Etats; außerdem wird uns die künftige Woche aller Wahrscheinlichkeit nach die Debatte über das Gesetz betreffs Vermögensverlust und den liberalen Gesetzentwurf eines revidirten Haftpflichtgesetzes bringen. Zu jenem soll Geiser, zu diesem Kaiser sprechen.

Sie wissen, daß die kleine Differenz, zu der einige im Reichstage gefallene Kennerungen über unser Verhältniß zum „Sozialdemokrat“ Anlaß gegeben, vollständig erledigt ist; innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion herrscht Meinungs-Uebereinstimmung in Bezug auf alle prinzipiellen Fragen, und nicht bloß innerhalb der Fraktion, auch mit allen übrigen Genossen, auf deren Rath und Ansichten die Gesamtpartei besonderen Werth zu legen Ursache hat. Die Gegner, welche auf unsere Uneinigkeit spekuliren, werden bis zum St. Nimmerleinstag zu warten haben.

Daß der „Sozialdemokrat“ in so rapidem Aufschwung begriffen ist, macht uns viel Freude.*) Man darf aber nie zufrieden sein. Speziell in Amerika könnten unsere Genossen noch weit mehr Abonnenten stellen, als jetzt der Fall ist.

Doch davon ein andermal.

Mit sozialdemokratischem Gruß!

E.

Aus der Rede des Abg. Grillenberger.

Gehalten am 10. Januar 1882.

(Nach dem amtlichen stenographischen Bericht.)

Meine Herren, die Fragen, die durch die Interpellation des Herrn von Hertling hier im Hause angeregt worden sind, greifen so tief in das soziale Leben ein, daß ich, resp. meine Parteigenossen uns schon im Vorhinein veranlaßt gesehen haben würden, hierzu das Wort zu ergreifen. Wir sind aber dazu noch um so mehr veranlaßt worden durch das, was wir gestern und heute hier im Hause darüber gehört haben. Sowohl das, was der Herr Interpellant zur Begründung seiner Anfrage gesagt hat, als das, was seitens des Herrn Reichskanzlers und seitens der Herren Redner der verschiedenen Fraktionen hierüber gesagt worden ist, erscheint uns von unserem Standpunkt aus als durchaus ungenügend, und deshalb glauben wir die Angelegenheit noch direkt vom Arbeiterhandpunkt aus erörtern zu sollen.

Ehe ich auf die Sache selbst näher eingehe, habe ich hier und zwar nicht bloß als Person, sondern im Namen meiner Parteigenossen eine Erklärung abzugeben betreffs der sozialpolitischen Reformpläne des Herrn Reichskanzlers. Es ist in den letzten Tagen eine Notiz durch die Zeitungen gegangen, worin gesagt war, daß wir in einer Konferenz zu Dresden beschloßen hätten, uns strikte abzusagen gegenüber den Plänen des Herrn Reichskanzlers zu verhalten, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil durch diese Pläne das „System Bismarck“ gestützt werden sollte. Ich habe dem gegenüber die Erklärung abgegeben, daß daran kein Wort wahr ist; wir haben einen solchen Beschluß nicht gefaßt, sondern im Gegentheil beschloßen, bei unserem bisherigen Verhalten stehen zu bleiben, nämlich die Vorträge des Herrn Reichskanzlers einfach abzuwarten, dieselben zu prüfen, und wenn sie uns etwas zu tangen scheinen, ihnen zuzustimmen. Daß wir deswegen, weil wir das System Bismarck nicht stützen wollten, praktische Verengungen für die Arbeiter juristhischen sollten, fällt uns nicht ein, namentlich, da wir gar keine Veranlassung haben, jetzt wenigstens, an Stelle des „Systems Bismarck“ ein anderes System gesetzt zu sehen. Das System, welches wir bekämpfen, ist das System der kapitalistischen Ausbeutung; ob das repräsentirt wird durch den Herrn Reichskanzler Bismarck oder durch ein Konfession Richter-Pöbel, ist uns gleichgültig, im wesentlichen würde ein anderes System uns nichts besonderes Gutes bringen. Die Herren von dem fortgeschrittenen Liberalismus verwarren sich dagegen, die Militärlasten wesentlich herabzusetzen, und können deshalb auch an den Steuerverhältnissen nichts ändern, sie sind vor allem nicht gegen die kapitalistische Ausbeutung, und deshalb sehe ich durchaus nicht ein, was ein solcher Systemwechsel uns in der gegenwärtigen Zeit nützen sollte. Das glaube ich in Bezug auf die Zeitungsnotiz sagen zu sollen.

Auf die einzelnen Punkte der Interpellation eingehend, habe ich zunächst zu bemerken, daß wir ein striktes Verbot der Sonntagsarbeit nur voll und ganz unterliegen können. Wir gehen dabei allerdings nicht vom religiösen Standpunkte des Herrn Interpellanten aus, sondern von dem rein menschlichen; wir halten dafür, daß, nachdem der Arbeiter ohnehin in dem gegenwärtigen Industrialismus über Gebühr angestrengt wird, er einen Tag Ruhe haben muß, und da nun der Sonntag dazu bestimmt ist, so soll derselbe auch ganz strikte als Ruhetag eingehalten werden, und wir halten dafür, daß die gegenwärtige Bestimmung in der Reichsgesetzgebung durchaus ungenügend ist, weil darin nur gesagt ist, daß der Arbeiter zum Arbeiten am Sonntag nicht verpflichtet werden kann, und es ist schon vom Herrn Interpellanten bemerkt worden, daß die Verhältnisse so liegen, daß, wenn ein Arbeiter sich weigert, am Sonntag zu arbeiten, ihm dann ganz ruhig gesagt wird seitens inhumaner Arbeitgeber, daß er auch in der Woche nicht mehr zu kommen brauche. Wenn aber erklärt wird, die Sonntagsarbeit ist ein für allemal verboten, mit Ausnahme vielleicht derjenigen Werke, wo ein ununterbrochenes Feuer notwendig ist, oder wo sonst die Verhältnisse derart liegen sind, daß überhaupt Tag und Nacht gearbeitet werden muß — wenn mit Ausnahme dieser industriellen Unternehmungen gesagt wird, daß die Sonntagsarbeit ein für allemal verboten ist, dann können solche Sachen nicht mehr vorkommen, wie sie den dem Herrn Abgeordneten von Hertling geschildert worden sind, nämlich, daß die Justizkläster vor der Sonntagsarbeit geschloßt sind, während die „freien“ Arbeiter dazu gezwungen werden können, diese freien Arbeiter, deren Verhältniß zu dem Arbeitgeber, wie mit besonderer Orientierung seitens der Liberalen immer betont wird, auf einem angeblich „freien“ Vertrage beruhen soll.

Bei der Gelegenheit erlaube ich mir hinzuzusetzen — und ich werde das bei dem Normalarbeitstag vielleicht näher begründen können —, daß, wenn man dabei, daß in einzelnen Industriezweigen, wo es unabweisbar erscheint, durchgearbeitet wird, und auch Sonntags, dann unter allen Umständen ein dreistündiger (also achtstündiger) Arbeitstag eingeführt werden müßte.

Die Schweiz ist bekanntlich nichts weniger als sozialistisch und hat einen gesetzlichen Normalarbeitstag angenommen, allerdings einen 11stündigen, von dem in Deutschland bei der kolossal vorhandenen Ueberproduktion nicht die Rede sein könnte. Wenn in Deutschland ein gesetzlicher Normalarbeitstag eingeführt werden soll, dann kann es nach meiner Ueberzeugung nur höchstens der 10stündige sein. Ich sage also, die Freiheit der Fabrikanten darf nicht so weit gehen, um dadurch die Wohlfahrt der Gesamtheit und namentlich das Wohlfühlen der arbeitenden Klasse derart zu schädigen, wie es gegenwärtig durch die schrankenlose Ausbeutung geschieht.

Der Normalarbeitstag wird insofern kein Gutes haben, als damit einem großem Uebel gesteuert wird, über welches gegenwärtig namentlich von konservativer Seite sehr viel geschrieben und gesprochen wird, gegen welches man aber nichts anderes ins Feld zu führen weiß als gewöhnliche Polizeimahregeln. Es ist überhaupt in der letzten Zeit in Deutschland und auch in anderen Staaten Mode geworden, gegen alle gesellschaftlichen Uebel als Universalfall nur Polizeimahregeln vorzuführen. Ich meine die in großartigem Maßstabe überhandgenommene Sogabondage. Es ist vor allen Dingen zu erwähnen, daß infolge des Normalarbeitstages solider gearbeitet wird. Es ist aber nicht ganz richtig, daß bei längerer Arbeitszeit ganz genau so viel hergestellt wird als bei längerer Arbeitszeit. Es wird wohl ein kleiner Anfall an Arbeitsleistung

*) Wir haben unsere Genossen im Reichstage die erfreuliche Mittheilung machen können, daß das Abonnement auf den „Sozialdemokrat“ bisher einen ganz außerordentlichen Aufschwung genommen hat, trotz Ausweisungen und Perzekutionen. Nicht nur ist das Abonnement an den Hauptorten in seiner Progression begriffen, auch von den kleineren Orten lauten jede Woche Nachbestellungen ein. Bei dem umständlichen Verkehr mit Deutschland kann der dortige Besondere Abonnentenstand immer nur die Kosten decken, wenn aber das Abonnement im Auslande, das sich gleichfalls von Quartal zu Quartal gehoben hat, so fortsteigt, so wird der „Sozialdemokrat“ bald eine Einnahmequelle für die Partei bilden können.

Ann. d. Red.

entstehen, und das soll nach unserer Meinung gerade durch den Normalarbeitstag herbeigeführt werden. Es soll durch den Normalarbeitstag dafür gesorgt werden, daß von der gleichen Arbeiterzahl weniger produziert wird als gegenwärtig, damit die reichhaltige industrielle Reservearmee, die gegenwärtig immer bereit ist, ihren industriellen Kollegen Konkurrenz zu machen, und auf den Landstraßen zu vagabundiren gezwungen ist, daß diese industrielle Reservearmee zum Produktionsprozeß herangezogen werden kann. Dann wird dieser Sogabondage in kurzer Zeit ein Damm und Ziel entgegengesetzt werden, die Leute werden dann Arbeit bekommen.

Es ist in der letzten Zeit, kurz nachdem die Hertling'sche Interpellation bekannt geworden ist, in fortschrittlichen Blättern, unter anderen auch in dem in Nürnberg erscheinenden „Frankischen Kurier“, eine Berliner Wochenschrift-Korrespondenz zu lesen gewesen, welche sich abfällig gegen die Hertling'sche Interpellation ausspricht und sich dahin äußert, daß es irrtümlich sei, in der gegenwärtigen Zeit die Arbeitszeit zu beschränken, die Arbeiter seien selbst dagegen, dieselben wären froh, wenn sie Arbeit haben. Ja, meine Herren, daß sie froh sind, wenn sie Arbeit haben, das ist richtig, aber sie werden deswegen nicht die Arbeitszeit ins Unerblich verlängert haben, sondern einen Hierauf haben wollen, um sich als Menschen bewegen zu können, um ein Familienleben zu haben, kurz und gut, um Menschen zu sein wie andere Leute.

Der Normalarbeitstag, gesetzlich festgesetzt, ist eine Nothwendigkeit; denn wenn auch von fortgeschrittener liberaler Seite uns entgegengehalten wird, das Alles könnte auf dem Wege des Koalitionsrechtes gemacht werden, so erlauben wir uns, das ganz entschieden zu bestritten, denn erstens haben die Arbeiter auch unter einem annähernd freien Koalitionsrecht trotzdem nicht die nöthige finanzielle Macht, um das an die Dauer durchführen zu können, weil bei jeder Krisis ihnen das Ertrugvermögen wieder entzogen würde, und dann ist es Thatsache, daß wir ein solches Koalitionsrecht überhaupt nicht haben; wir hatten ein solches Koalitionsrecht in Deutschland nicht vor dem Ausnahmengesetz, und durch das Sozialistengesetz ist das selbe vollständig illusorisch gemacht worden.

Meine Herren, wo derartige Zustände existiren, wo das Koalitionsrecht derartig illusorisch gemacht wird, da kann nicht die Rede davon sein, daß auf dem Wege der freien Vereinbarung der Normalarbeitstag durchgesetzt werden kann. Der Normalarbeitstag wird aber nicht bloß von uns, sondern von den Sozialpolitikern der konservativen Richtung und überhaupt von Menschenfreunden der verschiedensten politischen Parteien für nothwendig erklärt, um der übermäßigen Ausbeutung ein Ziel zu setzen. Es ist vielleicht der Ausdruck „Normalarbeitstag“ nicht ganz richtig, es würde richtiger gesagt werden „Normalarbeitslohn“, denn es gibt eine ganze Reihe von Geschäften, in denen der Arbeitstag nicht länger dauert als 8-9 Stunden, und die Arbeiter dieser Branchen würden sich selbstverständlich dafür bedanken, durch ein Gesetz an einen zehnstündigen Arbeitstag gebunden zu werden.

Da wird uns von liberaler Seite entgegengehalten, wenn ihr den Normalarbeitstag wollt, müßt consequenter Weise auch ein Normalarbeitslohn festgesetzt werden. Ein Normalarbeitslohn wird nicht nöthig sein, er wäre auch ein Ding der Unmöglichkeit, allein einen Minimalarbeitslohn einzuführen, wäre durchaus nicht so unmöglich, und diejenigen, welche sich mit dem Studium der Nationalökonomie nur einigermaßen beschäftigen haben, werden sich erinnern, daß schon von Rodbertus eine derartige Forderung aufgestellt wurde, und daß derselbe eine Skala dazu bekannt gegeben hat, die nach meiner Ansicht in sehr richtiger Weise die Schwankungen und Unterschiede zwischen den verschiedenen Verdiensten einzelner Geschäftsbranchen festgelegt hatte. Also, wenn man auch darauf kommen wollte, einen Minimalarbeitslohn festzusetzen, so hätten wir dagegen nichts einzuwenden. Wenn dagegen angeführt werden sollte, daß durch den Minimalarbeitslohn den schlechten Arbeitern Vortheil gelehrt werden sollte, so ist das durchaus nicht der Fall. Eine der besten Arbeiterorganisationen in Deutschland, der deutsche Buchbinderverband, hat schon seit vielen Jahren einen Minimalarbeitslohn festgelegt, und ich habe von Prinzipalen der Buchbinderbranche noch nicht darüber Klagen gehört, daß ein gewisses Minimum des Arbeitslohnes existirt, unter welchem sie bei Beschäftigung nicht gehen sollen; es wird im Gegentheil nach meiner festen Ueberzeugung durch einen derartigen Minimalarbeitslohn der Verheerung, der angehende Arbeiter angespornt werden, eine derartige Fertigkeit in seine Branche zu erlangen, daß er diesen Minimalarbeitslohn unter allen Umständen verdienen kann, weil er sonst gewärtig sein muß, in seinem Fache nirgend Arbeit zu bekommen, und dadurch vielleicht zum Tagelöhner, zum Arbeitsmann herabsinken muß.

Der Herr Reichskanzler hat gestern mit einer gewissen Wehmuth gesagt, daß es ihn so sehr betrübe, daß gerade in den großen Industriestädten, in den großen Städten, wo viele Arbeiter vorhanden sind, die Wahlen so oppositionell, so regierungsfeindlich ausgefallen sind. Nun, meine Herren, wenn der Herr Reichskanzler dabei besonders die sozialdemokratischen Wahlen im Auge gehabt hat, so erlaube ich mir darauf zu bemerken, daß diese sozialdemokratischen Wahlen im Allgemeinen allerdings als oppositionell oder, wenn Sie das so nennen wollen, als regierungsfeindlich anzusehen sind; sie sind aber nicht durchweg als feindlich gegenüber den sozialistischen Plänen des Reichskanzlers anzusehen.

(Hört! recht.)

Im Gegentheil, ein Theil der sozialdemokratischen Wahlen ist geradezu eine Demonstration der Arbeiter gegen das neutrale Verhalten der Herren Manchestermänner zu betrachten; die Arbeiter haben damit ausdrücken wollen, sie wollen, daß endlich etwas Positives geschehe, und weil dies seitens des Liberalismus bisher nicht geschehen, darum haben sie Sozialdemokraten gewählt, welche erklärt haben, daß sie nicht abgracif sein, die sozialpolitischen Pläne des Kanzlers zu prüfen und, falls dieselben brauchbar, sie zu akzeptiren. So liegt die Sache, und das ist hier ausdrücklich zu erklären.

Wenn aber im Allgemeinen diese sozialdemokratischen Wahlen dorthin, daß das arbeitende Volk äußerst mißtrauisch gegenüber diesen Plänen des Herrn Reichskanzlers ist, so hat dies doch seine sehr begründeten Ursachen.

Nedner erwähnt die Auflösung von Gewerkschaften, die Beschlagnahme von Gewerkschaftslisten, und fährt dann fort:

Meine Herren, das hat so kolossale Erbitterung hervorgerufen — man bezeichnet nämlich die Art und Weise, wie diese Listen weggenommen worden sind, in Arbeiterkreisen mit einem viel drastischeren Ausdruck, den ich hier nicht vorführen will, weil ich mir keinen Ordnungsruf zuziehen will — das hat so kolossale Erbitterung hervorgerufen, daß die Regierung sich nicht wundern darf, wenn die Arbeiter ihre nicht mit offenen Armen entgegenstehen wegen einpaar Kleinigkeiten, die sie mit den Reformplänen uns entgegenbringen will. Als ich gelegentlich einer Wählerzusammenkunft in Nürnberg meinen Parteigenossen den Vorschlag machte, daß man die kanstlerischen Pläne ruhig prüfen müßte, und sofort für den Arbeiter etwas Positives bieten, darauf eingegangen ist mir von Arbeitern gesagt worden, diese kanstlerischen Pläne seien, wenn man das ganze Verhalten der Regierung gegen uns betrachte, als nichts anderes anzusehen als ein Waffschwindel, an den den Wahlen nicht mehr gedacht werde.

Soweit haben Sie es mit dem Sozialistengesetz und dessen Handhabung gebracht, daß das Vertrauen in den Arbeiterkreisen vollständig geschwunden ist. Und wenn nun die Interpellation des Abgeordneten v. Hertling in einer Weise beantwortet wird, wie es gestern der Herr Reichskanzler getan hat, der weit manchesterlicher gesprochen hat, als das seine zahlreichen Freunde auf sozialpolitischem Gebiete vielleicht erwarten haben dürften, so wird man damit den Arbeitern dieses Vertrauen nicht erheben, sondern dieselben werden sich mehr als je überlegen, was sie gegenüber allen diesen Dingen zu thun haben. Man wird nach viel zurückhaltender in Arbeiterkreisen sein, wenn man hört, daß auch Fürst Bismarck der durchaus veralteten Anschauung huldigt, daß nicht zu sehr in die wirtschaftliche Freiheit eingegriffen werde im Punkte der Arbeitszeit u. s. w., und daß derselbe sogar auf dem Standpunkt steht, die Industrie sei die Heune, welche für den Arbeiter den goldenen Eier lege. Wir, meine Herren, und mit uns noch verschiedene andere Leute, sind der Ansicht, daß gerade das Umgekehrte der Fall ist, daß der Arbeiter den goldenen Eier legt, und daß deshalb von einem Schlichten der Heune, welche für die Arbeiter diese goldenen Eier legt, gar nicht die Rede sein kann.

Man kann aber, wenn wirklich eine kleine Schädigung der Industrie eintreten sollte, hier vorbeugen, durch Anbahnung einer internationalen Fabrikgesetzgebung, eines internationalen Schutzes für die Arbeit. Das ist von der Schweiz, die ihren Normalarbeitstag eingeführt hat, angeregt worden, hat aber leider bei der deutschen Reichsregierung sehr wenig Entgegenkommen gefunden. Man erzählt doch uns, die wir als Reichsfeinde und sogar als Vaterlandsfeinde betrachtet werden, so viel in den patriotischen Zeitungen von der großen Macht und Herrlichkeit, die das deutsche Reich errungen hat durch seine militärischen Erfolge, daß es überall im Auslande gefürchtet sei, wie man überall darauf achte, was Deutschland wolle, um dem entgegenzukommen, und wie die schönen Dinge mehr heißen mögen. Meine Herren, wenn man zu diplomatischen Zwecken bald einen kalten Wasserstrahl nach Paris oder Rom schicken kann, so hätten wir nichts dagegen, wenn man einmal einen solchen kalten Wasserstrahl loslassen wollte, um einen kleinen Druck auf die fremden Regierungen zu üben zur Anbahnung eines Arbeiterschutzgesetzes. Man gebraucht immer die Dienstleistungen der Diplomatie zu Kriegszwecken und ähnlichen Geschäften oder um Unterhandlungen mit dem Papste anzuknüpfen; warum benutzt man die Diplomatie, diese Verbindungen mit dem Auslande, nicht auch einmal dazu, um Schutzmäßigkeiten für die Arbeiter anzubahnen? Es wäre sehr am Platze, daß die Frage einer internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung ganz energisch und ernsthaft in Angriff genommen würde, davon habe ich aber gestern weder von dem Herrn Interpellanten, noch vom Herrn Reichsfänger, noch von Seite des Herrn Richters (Hagen) etwas gehört; das ist ein Ding, das in den Kreisen der Arbeiter jedenfalls eine größere Befriedigung hervorrufen würde, als wenn man ihre Gewerkschaften auflöst und sie dadurch zu Bagabonden macht und auf die Landstraße hinauswirft.

Wir würden ferner vorschlagen, daß die Frage der Arbeiterkammern wieder angeregt wird. Anstatt des total verpöhlten Volkswirtschaftsrathes wäre es viel geschickter, Arbeiterkammern zu errichten, wie sie von unseren Abgeordneten gelegentlich der Einbringung des sog. Arbeiterschutzgesetzes im Jahre 1877 verlangt worden sind. Es existiren in Deutschland Anwaltskammern, Handels- und Gewerbekammern, warum sollen nicht auch die Arbeiter ihre Kammern haben? Derartige Arbeiterkammern, hervorgegangen aus allgemeinen Wahlen, würden nicht auf ein solches Mißtrauen stoßen wie der Volkswirtschaftsrath, in dem eine Masse Großgrundbesitzer, Fabrikanten und Kaufleute und nur drei oder vier Arbeiter sitzen, von denen einer sich „Bewerksmeister“ schimpfen läßt, während er thatsächlich Fabrikant ist, der 30–40 Arbeiter beschäftigt.

Ferner ist von Herrn Richter gesagt worden, daß man dem Manchesterthum den Vorwurf mache, daß es, oder die Richtungen, die ihm anhängen, für die Arbeiter nichts thue, und da glaubte er einen besonderen Trumpf auszuspielen, indem er darauf hinwies, daß gerade das Land des ausgeprägtesten Manchesterthums, England, es sei, welches die beste der jetzt bestehenden Fabrikgesetzgebungen habe, und daß die deutsche Gewerbegesetzgebung eigentlich bloss ein Abbild oder ein Extract der englischen Fabrikgesetzgebung sei. Ja, meine Herren, das ist zum Theil richtig, aber ich erlaube mir darauf hinzuweisen, daß diese englische Fabrikgesetzgebung nicht von dem Kapitalistenparlament Englands freiwillig gegeben worden ist, sondern daß sie den englischen Parlamente von den Arbeitern unter den schwierigsten Verhältnissen abgerungen werden mußte mit Zuhilfenahme sogar von geheimen Gesellschaften, deren Angehörigkeit mit Justizstrafe bedroht war.

Als die Manchesterländer als solche brauchten sich auf die englische Fabrik- und Gewerbegesetzgebung ganz und gar nichts zu Gute zu thun. Ich habe die einzelnen Punkte, welche in der Interpellation des Freiherrn v. Hertling berührt werden, im Großen und Ganzen hier aufgeführt; ich habe mich ausdrücklich und absichtlich enthalten, weitergehende Forderungen hier vorzubringen, damit es nicht wieder heiße, wie das bei früheren Gelegenheiten der Fall gewesen ist, es sei uns nicht darum zu thun, etwas Praktisches, Positives für die Arbeiter zu erlangen, sondern bloss, „die eine bekannte sozialdemokratische Rede“ hier zu halten; ich habe Ihnen im Gegentheil nachweisen wollen, daß wir das, was man im landläufigen Sinne praktisch nennt, ebenfals nicht wie die anderen Parteien, daß wir nicht mit dem Kopf durch die Wand rennen wollen und daß wir auch Abschlagszahlungen unter den gegenwärtigen Verhältnissen recht gerne annehmen wollen.

In gleicher Zeit habe ich aber die Erklärung abgegeben, daß wir damit nicht von unserem Endziele auch kein iota abgehen, daß wir diese Abschlagszahlungen entgegennehmen, um für die Arbeiter etwas Positives aus der gegenwärtigen Gesetzgebung herauszuholen, daß wir aber nach wie vor darauf stehen bleiben, daß die soziale Frage mit derartigen kleinen Mitteln nicht gelöst werden kann, sondern nur mit Einführung des Sozialismus, an dem wir mit allen möglichen Mitteln seitens unserer Partei weiter arbeiten werden.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 18. Januar 1882.

Das zweite Blatt unserer „Verbrecherliste“ kam diesmal recht Apropos. An demselben Tage, an welchem unsere vorige Nummer in die Presse ging, haben die Stuttgarter Rechtstreiter unseren Genossen Drey in scandalöser Weise verhaftet lassen. Da Drey Reichstagsabgeordneter ist, so kam der mit gewohnter Freiheit verübte Gewaltakt diesmal direkt vor diese erlesene Körperschaft und somit auch zur allgemeinen Kenntnis des Publikums. Gottlieb Kühn und sein Spießgeselle Schönbardt haben uns auf diese Weise wider Willen einen Dienst erwiesen, denn, um sich nicht gar zu sehr bloßzustellen, muß der Reichstag die „Angelegenheit Drey“ näher untersuchen, und das gibt auf jeden Fall Gelegenheit, die unerschöpflichsten, mit der sogenannten „Wahrheit des Rechtes“ heute gegen Alles vorgehen, was nach Sozialismus riecht, an einem typischen Beispiel zu kennzeichnen. Daß Drey widerrechtlich sei, steht schon fest. Wäre er aber nicht Abgeordneter und togte nicht gerade jetzt der Reichstag, so läge er natürlich noch heute und wochenlang. Denn daß die Stuttgarter Rechtstreifer sich um das geltende Recht, wenn es gegen uns geht, den Teufel scheeren, geht schon aus dem Umstande hervor, daß sie selbst den Verfallungsparagrafen, der die Abgeordneten schützt, mit Füßen treten.

In wie weit bei den beiden Verbrechern am Rechtsgefühl überhaupt noch von Ehrgefühl gesprochen werden kann, darauf wollen wir uns hier nicht einlassen, gegen die Kirchenblamage, die sie sich diesmal angezogen, schützt auch das dicke Rhinogrossfell nicht. Die heutige Gesellschaft verdrägt eine gute Portion Niederknecht, wenn sie nur mit der nötigen Schlauchheit und Frechheit gepaart ist; ist sie aber mit einer so bodenlosen Dummheit gepaart, wie bei dem obengenannten Brüderpaar, dann Herr Staatsanwalt und Mitglied des Schillervereins Schönbardt, dann gibt es einen bösen Klang!

Und Du alter Freund Gottlieb, mit dem Staatsretter war's wieder einmal Ewig, wie wäre es denn jetzt mit einem Plüschchen im „Protokollum“? Wimmenden ist nicht weit, und an guten Douchen fehlt es doch selbst nicht. Also nur nicht blöde, ansonst

Der Größenwahn, der Größenwahn!
Noch viel Verdruß Dir bringen kann!

— Noch etwas vom „liberalen Kronprinzen“. Unter den Arrangements des verunglückten Fadelzuges zu Ehren des Bismarck-Wilhelmschen Hofes befindet sich auch der Versicherungsdirektor und frühere Postor Schijmann aus Stettin. Wenn wir uns nicht sehr irren, so ist dies der berühmte Freimaurer und Protestantenvereiner „Bruder“ Schijmann, der „freimaurige“ Vertrauensmann des „freimaurigen“ Kronprinzen. Seine ganze Rede lief auch darauf hinaus, man solle sich nicht scheuen, damit auch seinem Nachfolger das Amt nicht zu schwer gemacht werde. Der Knabe scheint sich schon zu rühlen und beginnt daher die Empörung.

Das wird lange Gesicht geben, wenn aus der vielversprechenden Kronprinzlichen Christade ein ganz gemeiner Kohlvorsänger, auf Berlinisch „Kallite“ genannt, aufsteigt!

Uebrigens sind wir keine Unmenschen. Auch wir wollen unser Möglichstes thun, damit dem Kronprinzen sein Amt recht leicht gemacht werde. Es wird eine wahre Freude sein!

— Ausbeuterklasse. Wenn zwei Spitzhüben sich freiten, so kommt der ehrliche Mann zu seinem Recht, sagt das Sprichwort. Die Reichstagsdebatten der letzten Tage hatten wenigstens das eine Gute, daß in dem unangesehnten wogenden Kampfe zwischen Freihändlern und Schutzöllnern, zwischen Sozialreformersüßern und Manchestermännern sich die Herren gelegentlich grüßlich die Wahrheit sagten und ganz gehörig aus der Ausbeuterklasse schwahten.

Herr Schorlemer-Misk, der in Bochum Gewächse, erzählte bei der Hertling-Debatte einige recht artige Stücken, wie man günstige Lohnverhältnisse anfertigt. Die rheinischen Montanindustriellen, welche den Vörsenanthel der neuen Wirtschaftspolitik davongetragen haben, behaupten bekanntlich, daß auch die Arbeiter jetzt höhere Löhne beziehen (man vergl. die Statistik in Nr. 50 des „Sozialdem.“ vom vor. Jahre). Wie aber hat man diese Lohnverhältnisse gemacht? Man höre Herrn Schorlemer selbst:

„Man hat sie gemacht, indem man erstlich einmal die durchschnittlich hohen Löhne der Beamten bei der Zusammenstellung mitgerechnet hat; man hat sie gemacht, indem man die Doppelschichten und Ueberlichkeiten nicht besonders angegeben hat —“

(Hört! hört!)

wo im Lohnbuch 24 Schichten stehen, sind 28 und 30 gemacht, und nun ist der höhere Lohnbetrag ausgerechnet, wie wenn er mit 24 Schichten erreicht wäre.“

Recht artig, nicht wahr? In den Gründerjahren machten bekanntlich die Liberalen ähnliche Witz, wenn sie über die hohen Löhne der Arbeiter lospolterten. Bei den Bauarbeitern, die in der Regel nur monatlich abrechneten und sich in der Zwischenzeit wöchentliche Abschlagszahlungen geben ließen, wurden die am Schluß der Abrechnungswoche ausgezahlten Beträge als Wochenlöhne ausgegeben und ähnlich harmlose Scherze mehr. Jetzt freilich haben die Herren ein Interesse daran, in Bezug auf die Lage der Arbeiter grau in Grau zu malen, d. h. einmal die Wahrheit zu sagen.

Diesmaligendoch noch etwas aus Schorlemer's Rede: „Wie „frei“ die Arbeiter heute den Ausbeutern gegenüberstehen, zeigt sich aus der Art, wie man sie zu Ueberlichkeiten mit zwingenden — Gründen „überredet“. Entweder heißt es: „wenn Ihr nicht Ueberlichkeiten machen wollt, werdet Ihr entlassen.“ Oder aber:

„man greift zu den kleinlichsten Mitteln, daß man den Leuten, die nach Beendigung der Schicht ausfahren wollen, sagt: „Ja, Ihr könnt ausfahren, aber den Hörterford könnt Ihr nicht benutzen, dann müßt Ihr so weit gehen.“

Es kommt aber noch besser, oder vielmehr noch infamer: Durch Einführung der sogenannten Ausgleichungsmethode, d. h., daß die Arbeiter Prozentwagen liefern müssen, hat man erhebliche Lohnverklärungen bewirkt. Und

„die betragen auf einzelnen Zechen so viel, daß die Arbeiter statt 100 Wagen 109 bis 110 liefern müssen; auf einzelnen Zechen kommt es sogar vor, daß der Arbeiter den zehnten Wagen umsonst arbeiten muß.“

(Hört! links.)

„Dazu kommt ferner die Zurücksetzung von Wagen, weil einzelne Steine sich in der Ladung finden, oder die Ladung nicht eine vollständig richtige ist. Die Prüfenkontrolleure haben allein das Recht, zu entscheiden, ob ein Wagen zurückgesetzt, d. h. gestrichen wird; der Arbeiter wird gar nicht gehört. Die Wagen werden meistens den Leuten gestrichen, so daß auf eine Schicht 20 bis 40 Wagen kommen. Nun werden diese gestrichenen Wagen den Arbeitern einfach in Abzug gebracht, sie werden außerdem bestraft mit einer Strafe von Mk. 1,50 für verkehrte Ladung, aber diese Wagen werden nachher von den Zechen doch sehr häufig mitverladen und verkauft oder werden für die Zechen benutzt; nur der arme Arbeiter geht leer bei der Geschick aus.“

(Hört! links.)

So geht's lustig weiter. Wogere, die den Arbeitern von den Herren Kontrolleuren als Kleinigkeit angerechnet werden, werden nachher ganz ruhig zur Wäsche geschickt und fortirt, d. h., der Arbeiter verliert auf den Wagen 25 Pfg., die er sonst mehr verdient haben würde. Und bei alledem sind die Strafgeelder, die früher nach Höhe der Löhne bemessen wurden, heute noch ebenso hoch als zur günstigsten Zeit.

Die Kanakillen aber, die den Arbeiter so schinden, das sind die guten Freunde, die eifrigen Anhänger des großen Kanzlers, sie sind, wie er, gute Christen, schwärmen mit ihm für die christliche Grundidee des heutigen Staates, sie werden von ihm mit besonderer Vorliebe zu Rathe gezogen, wenn es gilt, die soziale Frage im „christlichen Sinne“ zu lösen, und ihrem Einfluß ist es auch zweifellos zu verdanken, daß der „große Arbeiterfreund“ bei der Interpellation Hertling plötzlich kalte Flüsse kriegte, und sich so überaus jämmerlich zurückzog, daß er keine der wünschlichen Arbeiterforderungen erfüllen zu können erklärte, sondern lediglich nebelhafte Versprechungen für eine noch nebelhaftere Zukunft hatte.

Wer nach dieser Rede des mächtigen Kanzlers noch glaubt, von ihm auch nur einigermaßen vernünftige Maßnahmen im Interesse der Arbeiter erwarten zu dürfen, dem ist allerdings nicht zu helfen, der ist werth, von ihm an der Nase herumgeführt zu werden. Seht Euch die Rathgeber und Freunde Bismarck's bei Nichte an, wie sie ihren Arbeitern bei jeder Gelegenheit am Leibe abzuhacken, wie scham- und gewissenlos sie ihre Ausbeuterklasse in Werk setzen, und dann sagt uns: Kann, was von der Seite als Sozialreformer angepriesen wird, Anderes sein, als der elendeste Hundstung, den je die Welt gesehen? Und ohne diese Herren oder gar gegen sie kann Bismarck, selbst wenn er es wollte, Nichts ausrichten. Aber er denkt auch gar nicht daran.

— Wie unsere Leser unter England zu sehen werden, finden daselbst fast auf der ganzen Linie Lohnbewegungen unter den Arbeitern statt; die Arbeiter sind auf dem Posten, um den besseren Geschäftsgang für sich anzukämpfen. Wie steht es dagegen in Deutschland aus? Dort hält man die Arbeiter mit großen Worten von „sozialen Reformen“ und dergleichen hin und läßt dabei einen Druck aus, wie er infamer nicht gedacht werden kann. In Schalks war ein „Kritik-konservatives“ Arbeiterblatt erschienen, sofort wurde, wie der „Allgem. Anzeiger für Rheinland und Westphalen“ triumphierend mittheilt, dasselbe im „Interesse der öffentlichen Sicherheit“ inhibirt! Wer da inhibirt hat, ob die Polizei oder die selbstherrlichen Kapitalpropheten, wird nicht gesagt, zweifellos waren es die Letzteren. Der „Allgem. Anzeiger“ ist „gemäßigt liberal“, wie man sieht, war die Entrüstung der Herren gegen Ehren-Stumm seiner Zeit nur politische Heuschrecke.

— Ist die Scham zu den Händen entflohen? Folgende, die Verkommenheit unseres bürgerlichen Freigebildenthums und die unverkälte Brutalität unserer Polizeiherrn gleich bloßstellende Notiz beschließt in den letzten Tagen die rheinische Presse:

„Von der reichsdeutschen Gesundheitsverwaltung wurde laut der „Sozialdemokratischen Zeitung“ am 4. Januar ein aus Frankreich ausgewiesener Russe hier eingebracht. Derselbe soll wegen einer Majestätsbeleidigung aus Russland zur See nach Frankreich geschifft, von dort aber wegen gänzlichem Mitleidigkeit anheimeligen worden sein. Die beleidigenden Aeußerungen will der Mann, der dem

Arbeiterhande angehört, in der Trunkenheit gethan haben. Was die Herren Franzosen von fremdem Gesindel nicht wollen, das paßt uns auch nicht, und so wird denn der Mann von der West- an die Ostgrenze des deutschen Reiches dirigirt und über die russische Grenze gebracht werden.“

Das heißt, er wird den russischen Hentkern überliefert werden. Und kein Wort der Entrüstung — was sagen wir! — kein Wort des leisen Tadel, des schicklichen „Bedenkens“ begleitet diese injame Polizeinotiz. Ja, als es sich noch um die Heroen ihrer Klasse, um die Kossuth, Mazzini zc. handelte, wie wäre damals die edle Bourgeoispreffe übergeschäumt vor stütlicher Entrüstung! Aber hier handelt es sich nur um einen Arbeiter, einen Mann, den die ehrenwerthe französische Bourgeoisrepublik wegen „gänzlicher Mittellosigkeit“ abgeschoben hat! Um einen Habenichtes. Was soll man mit ihm lange Umstände machen? Abschließen, abschließen, abschließen! bis hinein in die Bergwerke Sibiriens! —

Es ist ja nur ein armer Proletarier!

Und so werden sie ihr schmuckvolles System fortsetzen, die heutigen Machthaber, unbekümmert um die Entrüstung aller unabhängigen Geirriten bis eines Tages diese Entrüstung sich umsetzt in einen lebendigen Protest, in einen Protest, vor dessen Argumenten ihnen die Augen übergehen werden! Wir aber wollen unobdachtig Unterschriften sammeln für diesen Protest, jede Nummer unseres Blattes muß ein Sammelbogen sein in der Hand unserer Genossen, jeder Tag als ein verlorenes Geld, der der Masse der Protestirenden nicht neuen Zuwachs liefert!

— Nur ein „Vorfall“. Am Samstag Nachmittag, kurz nach 3 Uhr, so erzählt die „Konstanzer Zeitung“ vom 9. Januar, ereignete sich hier ein Vorfall, der in der Bevölkerung nicht ohne Aufregung zu verurursachen vorüberging. Der aus dem Festungsgelände in Ulm entlassene, zu mehrjähriger Festungshaft verurtheilte Militärgefangene Rieg (ein Württemberger) war in der Gegend von Vörrach aufgegriffen worden und traf mit dem Gefangenentransportwagen am Samstag Nachmittag 2 Uhr 50 Min. von Vörrach kommend hier ein. Derselbe wurde durch den Sergeanten Ruckmich und einen Gefreiten, beide von der 2. Komp. des hiesigen Regiments vom Bahnhof abgeholt, um am Sonntag früh mit dem ersten Schiff über Friedrichshafen nach Ulm transportirt zu werden. Da der Arrestant als fuchtelverächtlich signalisirt worden war, verstaunte der Sergeant nicht, denselben mittelst eines Kettenhals die Hände zu fesseln, auch ließ er, sowie der begleitende Gefreite vor seinen Augen das Gewehr. Bei der Petershauser Kaserne (gegenüber dem Offizierskasino) angekommen, jerrt der Sträfling plötzlich die Kette und suchte zu entfliehen. Als, wie erzählt wird, der Sträfling auf dreimaliges Rufes nicht stehen blieb, gab der Sergeant Feuer und der Arrestant fiel, durch den Kopf getroffen, sofort tot zu Boden. **Tod! Tod!** Ein Menschenleben vernichtet. Und doch nur ein „Vorfall“. Gerade so, als ob ein Pferd durchgegangen, oder ein Oberbürgermeister wegen Unterschlagung in Untersuchung gezogen worden wäre. Eigentlich auch das nicht einmal, denn Letzteres verursacht wenigstens „große Aufregung“.

Uns aber schreibt ein Augenzeuge dieses „Vorfalls“: „Der Soldat wurde in unmittelbarer Nähe der Kaserne erschossen. Hart an der Straße liegt der Rhein, auch war der Arme kaum 10 Schritt von seinem Verfolger entfernt, der ihn beinahe mit dem Gewehr hätte erreichen können; ein Entweichen war kaum möglich; da ziemlich viel Leute in der Nähe waren, war ein weiteres Unglück nicht ausgeschlossen. Einige Zivilisten, die ihrer Entrüstung offen Luft machten, wurden in die Kaserne geschleppt, wo man den Versuch machte, sie einzusperren. Daß Rieg die Fesseln zerprengt habe, wird allgemein bestritten.“

Trogdem ist der betr. Sergeant vom Kriegsgericht freigesprochen worden! Wahrscheinlich wird er noch wegen seiner Tapferkeit belohnt werden. Denn was er gethan, gehört zum System der heiligen Ordnung des Reiches der Gottesgarn und frommen Sitte! Da heißt für jeden Beamten: Fürchte Gott, Ehre den König und trete das Volk!

— Aus Sachsen, 13. Jan. Was in Berlin im Großen sich vollzieht, versucht man in Dresden im Kleinen nachzuahmen. Auch hier versuchen Angehörige reaktionärer Parteien die Arbeiterfrage an die Hand zu nehmen, um sie zu Gunsten des Klasseninteresses der Bourgeoisie mit leeren Phrasen tot zu machen, und auch hier bildet sich ein kleiner, von maßloser Stilleit geplagter „Staatsminister“, zum absoluten Herrgott heraus. Seit langen Jahren hat die Sozialdemokratie ihre mahrende Stimme zum Hinweis auf das Bergarbeiter-Uebel erhoben, welches in Sachsen noch verschlimmert wird durch eine miserable Knappschafts-Kassen-Gesetzgebung, die dem Bergmann das Geld aus der Tasche stiehlt und ihn zum Sklaven der Werkbesitzer macht. Die Stimme der Sozialdemokratie, welche Reform des Berggesetzes verlangte, ist nicht beachtet worden, selbst nach dem schrecklichen Zwickauer-Unglück nicht, da der Gehlad der Kohlen-Pasha's bei der bestehenden miserablen Wirtschaft am schnellsten gestillt wurde. Nun ist endlich die Frage der Reform unabweisbar geworden, und es gilt, wirkliche Maßregeln zu treffen. Da wendet man sich nicht an die Vertreter der Arbeiter oder an die Bergarbeiter selbst, sondern es kommen zwei Volkst-Bourgeois, nämlich der famose „Fortschrittler“ Streit, der Kneipsumpan der Zwickauer Kohlen-Barone, und Stephan, der Leipziger Schweinsknochen-Liberal, und stellen einen Reform-Antrag, der so unromisch bescheiden ist, daß man sich eigentlich wundern muß, wie er ernsthaft debattirt werden konnte. Der Vantag wird er sucht, die Regierung zu ersuchen, ob sie nicht vielleicht in Erwägung ziehen wolle, inwiefern es möglich sei, das Berggesetz dahin zu ändern, daß unverschuldet außer Arbeit gekommene Bergarbeiter einen Theil ihres in die Kassen eingezahlten Geldes entweder herausbekommen, oder wenigstens für ihre Zuverlässigkeit oder für ihre nachkommen sichergestellt erhalten. Damit soll die brennende Bergarbeiterfrage gelöst werden! Die Landtagsdebatte bewies auch, wie wenig ernst man es mit dem Wohl der Arbeiter meint. Der Zwickauer Bürgermeister Streit sagte, es sei besser, den Arbeitern das Geld nicht in die Hand zu geben, denn sie wußten nicht mit Geld umzugehen. Gegen diese Beleidigung des Arbeiterstandes protestirte unser Genosse Babel ganz energisch und entrollte die Forderungen, welche die Arbeiter in dieser Frage zu stellen haben, wie er auch rügte, daß die Sache so unverhältnismäßig in die Länge gezogen werde. Unter keiner Bismarck, Herr Hermann von Kossig-Balkwitz, hielt den Augenblick für günstig, die aristokratische Republik gegen die Reform der Bergarbeiterfrage in's Feld zu führen. Er sagte, für Arbeiter, welche diese Republik einführen wollten, habe er keine Sympathie. Als ob das Wohl des Volkes von den Sympathien des Ministers abhängen müßte! Nachdem Babel ihn darauf aufmerksam gemacht, daß er hier als Minister und nicht als Partei-Agitator stehe, wählte er sich auch noch beleidigt und sagte über die schlechte Behandlung, die ihm, als einem Minister, Bebel zu Theil werden lasse. Die beiden Clowns des Landtags, Dr. Heinz und Roth, sprangen ihm auch bei und lamentirten über die Reden, die Bebel für die Arbeiter hält. Der Fortschrittler Streit that noch ein Uebriges durch eckige Verdröhung. Bebel hatte gesagt, der Bergbau solle Staatsache werden. Er hatte damit sich vollständig auf den Boden des heutigen Staates gestellt, indem er als Beispiel das heutige Eisenbahnwesen anführte. Streit sagte aber, wenn Bebel die Bergwerke für den sozialen Staat reklamirte, könne er sich freilich nicht wundern, daß die Werkbesitzer auf seine Reform nicht eingehen. Wo solle dann der soziale Staat das Geld hernehmen, um alle Werke zu expropriiren. Unser Vertreter schlug jedoch alle derartigen Einwände nieder, zeigte den Klassen-Egoismus, der unter elenden Ausflüchten das bestehende Unrecht zu erhalten sucht und nahm die Bergarbeiter gegen die Beleidigungen Streit's in Schutz, dabei die Manipulationen entblühend, welche die Werkbesitzer

in den Gründerjahren vornahm, um die Kohlenpreise in die Höhe zu treiben, während sie es den Arbeitern zum Verbrechen machten, wenn sie einen Lohn verlangten, der zu menschenwürdiger Existenz notwendig ist. Der Streikfrage wurde angenommen, weitere Kräfte der Sozialisten stehen jedoch in Aussicht.

Am Montag, 9. Januar, hatte die sächsische Justiz wieder ein großes Schlichtungsamt. Als Schlichter fungierte der bekannte und beachtete **Mangoldt**, angeklagt waren 39 Sozialisten, meist Großenhainer, darunter unser dortiger Reichstagskandidat **H. G. G. G. G.** Dieselben hatten in Großenhain Flugblätter ausgeteilt und sich dadurch gegen die konfessionale Partei in einer Weise veründigt, die schwere Abmahnung verdiente. Die Verhandlung war wie gewöhnlich geheim, und man mußte also schon, was kommen würde. Die Formalitäten dauerten bis Abends 7 Uhr, dann wurde jeder, von dem festgestellt war, daß er Sozialist sei, verurteilt. **Geyer**, als Kandidat zum Reichstage, erhielt acht Monate Gefängnis, damit er sich nicht wieder eine solche Kandidatur zu Schulden kommen läßt. **König**, da er aus Berlin und Leipzig ausgewiesen, also ein sehr gefährlicher Mensch ist, muß vier Monate brummen. **Kühnel**, Kolporteur in Meissen, bekam auch vier Monate; man sah ihn für den Führer der aufgeregten Meißner an und ärgerte sich, daß es solche Leute in der alten sächsischen Fürstentum geben kann. Nun marschirten eine Reihe von Angeklagten, die Flugblätter ausgeteilt hatten, mit zwei Monaten Gefängnis auf, und zwei Monate erhielt auch der Maschinenrechner **Krägel**, der als Dreher einer in sozialistischen Händen befindlichen Maschine sehr verdächtig war, sich des strafbaren Inhalts dessen, was er gedruckt hatte, wohl bewußt gewesen zu sein. Um das Duzend voll zu machen, wurden noch zwei Mann zu je 14 Tagen und **Genosse Schay**, der ein verschlossenes Paket mit Wahlzettelchen an einen anderen gegeben hatte, zu vier Wochen verurteilt. Es war unbedingt anzunehmen gewesen, daß er das Innere dieses verschlossenen Pakets ganz genau gekannt hätte, denn die Sozialisten kennen ja Alles und Schay ist ein Sozialist. Vorwand zu dieser Abschlichtung gab § 131. 27 Mann wurden Schandhalber freigesprochen.

Den zwei Konkretprozessen, die sich seit Beginn dieses Jahres in Dresden abgepielt haben, wird im Laufe der Zeit noch eine große Zahl von Wahl- und sonstigen politischen Prozessen nachfolgen. Außer dem bekannten Leipziger Prozeß gegen **Bebel**, **Hafenreder** und **Liebnecht**, schweben gegen **Bebel** wie gegen **Liebnecht** noch je 2 Prozesse, die sofort nach Schluß des Landtages wohl in Schuß kommen werden. Und weniger ernsthaftige Prozesse, die in der Wahlbewegung ihre Wurzel haben, dürften noch zu Hunderten vorhanden sein.

Bei den zahlreichen politischen Prozessen der Gegenwart ist das Augenmerk auf die fragmentarischen Schäden unseres Gerichtsverfahrens gelenkt worden: während es für untergeordnete Vergehen 3 Instanzen gibt, gibt es für die ernstesten Vergehen und Verbrechen, die vor das Landgericht kommen, nur eine Instanz. Wer vom Landgericht verdonnert ist, hat nur die Chance der Revision beim Reichsgericht — eine Chance, die aber in politischen Prozessen gleich Null ist, weil das Reichsgericht nicht das Recht hat, „Feststellungen“ des Landgerichts anzugreifen, sondern bloß formelle Mängel in der Urteilsbegründung. Thatsächlich „feststellen“ kann das Landgericht Alles, denn zur „Feststellung“ gehört nicht ein juristischer Beweis, sondern die „Ueberzeugung“ des Richters. Die „Ueberzeugung“ braucht also nur vorzelle, d. h. schablonenmäßig „feststellen“ und das Urtheil ist unanfechtbar. Die Schablone ist aber leicht zu beschaffen, und wer sie einmal hat, kann nie irren.

Und da in unseren Richtern und unsere politischen Feinde gegenüberstehen, so sind solche Prozesse im Voraus entschieden.

— Aus England. Die Wahlen in Deutschland scheinen auf die englischen Arbeiter einen tiefen Eindruck gemacht zu haben. Im „Labour Standard“ finden wir in fast jeder Nummer Einsendungen von Arbeitern, welche auf ein selbstständiges Vorgehen derselben bei den Wahlen hinauslaufen. So heißt es in einem Leitartikel in der letzten Nummer dieses Blattes unter direktem Hinweis auf die Vertretung der deutschen Arbeiter im Reichstag: „Es ist ein bedauerlicher Zustand, daß die kapitalistischen und anderen Klassen so stark im Unterhaus vertreten sind, während die Arbeiterklasse, von der die Existenz aller anderen Klassen abhängt, kaum eine Stimme in den Angelegenheiten des Landes hat.“ — „Statt auf die Anpreisungen der großen Parteien zu hören und für ihre Kandidaten zu stimmen, mögen die Arbeiter jedes Distrikts sich verbinden, um in jedem größeren Industriezentrum einen Arbeitervertreter zu entsenden. Wenn wir uns nicht darum kümmern, so werden die nächsten allgemeinen Wahlen da sein, ehe wir es merken; und ohne entsprechende Organisation ist die Durchsetzung von Arbeiterkandidaten unmöglich. Die Idee einer Arbeiterpartei ist eine berechtigte. Möge sie ins Werk gesetzt werden, solange noch Zeit dazu ist, damit die Arbeiter, wenn die allgemeinen Wahlen da sind, vorbereitet sind, in jedem Distrikt ihren eigenen Kandidaten ins Feld zu führen.“

In **Ranchester** verlangen die Maschinenbauer angesichts der besseren Industrieverhältnisse eine Lohnerhöhung bis zur Höhe der vor drei Jahren gezahlten Löhne. Da die Unternehmer sich dagegen sperren, steht ein Streik in Aussicht.

Aus demselben Grunde und nach demselben Maßstabe verlangen die Baumwollenspinner von **Nord und Nordost-Kanada** eine Lohnerhöhung von 7, 10 und 15 Proz.

In **Cleveland** haben die Verhandlungen zwischen den Unternehmern und Delegierten der Arbeiter der Eisenindustrie bereits dahin geführt, daß die Unternehmer den Arbeitern 12 Proz. Lohnerhöhung geboten haben.

In **Oldham** haben die Spinner beschlossen, eine Lohnerhöhung von 5 Proz. zu verlangen.

In den Industriebezirken von **Staffordshire** finden, namentlich in der Kohlen- und Eisenbranche, gleichfalls Verhandlungen wegen Lohnerhöhungen statt.

Korrespondenzen.

— **Wülhausen i. Elfaß**, 6. Januar. Wenn auch verspätet, sei Ihnen doch auch von hier aus ein Lebenszeichen zugesandt. Es mag das erste Mal sein, daß aus Wülhausen ein Bericht im Parteiorgan erscheint, ein Zeichen, daß das Sozialistengesetz auch in den neuen deutschen Reichslanden seine Wirkung ganz gut erfüllt. Wir hatten im Jahre 1874 bei den Wahlen allerdings auch circa 300 Stimmen zusammengebracht, aber nach vorhergehender öffentlicher Agitation, und die damaligen Genossen traten nach vollbrachter Wahl zu keiner thätigen Organisation zusammen. Es mußte erst das Sozialistengesetz kommen, um auch hier der sozialistischen Partei einen festen Kern von Anhängern zu gewinnen. Für den mit den politischen Verhältnissen Vertrauten bedarf es keiner weiteren Auseinandersetzung über die verschiedenen Hindernisse, die sich einem massenhaften Anhang der elsaßischen Arbeiter an die deutsche sozialistische Partei entgegenstellen. Wir sind auch weit davon entfernt, ähnlich den deutschen Industriezentren, unsere Anhänger nach Tausenden zu zählen. Wir sind erst in die Hunderte eingedrungen. Aber wir sind da! —

Jetzt, wo die sozialistische Partei von der Oessentlichkeit verdrängt, nur im Stillen und Weitem sich äußern kann, legen wir die patriotischen Berufungen und Prozesse von dem Dasein Zeugnis ab. Und so sei den Lesern des „Sozialdemokrat“ von unserem ersten Prozeß Bericht erstattet. Im vorigen Sommer wurde eines frühen Morgens **Genosse Huber**, der Tags zuvor in Basel zum Besuch war, behaftet. Das Räuberhandwerk des **Genossen Hidel** und **Hirler**. Die beiden Ersteren wurden von „unserem“ **Kaltenbach**, der mit seiner Spindelbande gar geschäftig war, verhaftet. Man hatte bei **Genossen Huber** wirklich einige Briefe

und Pakete mit unserem Organ gefasst. Beim **Genossen Hidel** dagegen nur seine Abonnementsumme um ein Paket, dessen Inhalt ihm aber unbekannt war. Sieben Wochen schmachteten die Beiden in Untersuchungshaft.

Natürlich hatte die Verhaftung unserer Genossen in deren Nachbarhaft, wo sie als ruhige Leute sehr gut bekannt waren, großes Aufsehen gemacht. Jedermann fragte sich, weshalb konnten die Beiden im Gefängnis? Unsere in Freiheit befindlichen Genossen versäumten natürlich nicht, darauf die Antwort zu geben, und so wurden denn Viele mit dem Sozialismus bekannt und — unsere Anhänger. Das zeigte sich übrigens bei den Wahlen.

Hidel sowohl wie **Huber** wurden stets gefesselt aus dem Untersuchungsgefängnis zum Untersuchungsrichter geführt. Man begreife das peinliche Aufsehen! **Huber** war mehrere Mal Zeuge dieser Brutalität, und so entschloß sich der hübsche Elsaßler in gerechter Aufwallung die Bemerkung: „Seht, wie diese ver... Schwaben meinen Mann behandeln.“ Die Bewohner Schwabens mögen die Identifizierung mit preussischen Gendarmen vermeiden. Aber die beispielhaften Subjekte, die sich dem Volke so unympathisch wie möglich machen, haben nun einmal diesen Namen. Er soll bezeichnen das Raub, Prognostik dieser Dämonen einer hohen prozentualen Gewalt. Je mehr die schwäbischen Bürger sich vor dem „Verpreußeln“ bewahren und eifrige Kämpfer der Freiheit werden, je mehr wird auch hier anspüren der schlimme Beigeschmack ihres Namens.

Es kam endlich zur Gerichtsverhandlung.

Ein dreizehnköpfiges Karossier — einen andern Namen kann man füglich bei der Masse von Schandthaten keinen wie größeren Kalibers, in welchen sich unsere Genossen gefallt, nicht anwenden — kam gleich anfangs vor. **Genosse Hirler** besaß sich im Zubehörraum, und ohne irgend welche Veranlassung wurde er von unserer edlen Polizeibede **Kaltenbach** in einer Zelle des Gerichtsgebäudes inhaftirt, um nach beendigter Verhandlung wiederum ohne irgend welche Veranlassung freigelassen zu werden.

Die Theilnahme des Publikums war eine sehr rege, denn es galt ja zum ersten Male sozialistische „Verbrecher“ aus den Reihen der Elsäßer, zu denen das sozialistische Gift nach der Aussage unseres Statthalters **Kantestuff** nicht gedrungen ist, zu richten. Aber zu einer sehr großartigen Staats- und Gesellschaftsleistung, zu welcher **Kaltenbach** alles Mögliche vorbereitet hatte, kam er, Dank der Festigkeit und Offenheit unserer freien Genossen, nun doch nicht. Der Gang der Verhandlung unterschied sich jedenfalls wenig von den anderwärts vorkommenden. Es sei demnach nur einer interessanten Episode gedacht. Der damit beauftragte Beamte las die Untersuchungsprotokolle vor. Unser **Hidel** war gefragt worden, wie er als Elsäßer sich der deutschen sozialistischen Partei anschließen könne. Die Antwort lautete kurz und bündig: Als ich im Jahre 1870 als Kriegsgefangener in den feuchten und dumpfen Kasematten **Karantelle** lag, hatte ich Zeit genug, um über das Elend und den fürchterlichen Unwillen des Krieges nachzudenken. Ich fand, daß nur die Sozialisten diesen Grenzen ein radikales Ende machen könnten. Demnach wurde ich Sozialist. Und weil ich weiß, daß nur durch Zusammenhalten aller Gleichgesinnten, ohne Rücksicht auf Nationalität etwas erreicht werden kann, so schloß ich mich der deutschen sozialistischen Partei an. — Täuschte ich mich oder war es Wahrheit, der Vorlesende senkte seine Stimme zum lauten vernachlässigbaren Flüstern herab, und selbstsam bedeutungsvolle Blicke tauchten die Gerichtsherrern untereinander.

Das Ende der sehr langen Verurteilung war, daß **Huber** zu seiner siebenwöchentlichen Untersuchungshaft weitere zwei Monate erhielt, **Hidel** aber freigesprochen wurde.

Zum ersten Male im Jahre 1882, haben sich unsere Genossen brav gehalten. Die ausgesandenen Leiden rechnen sie für Nichts. Konnten sie durch dieselben doch der Arbeiterpartei nützen — und Erfahrungen für später sammeln. Von der Frische und Energie unserer hiesigen jungen Garde legte **Hirler** ein gutes Beispiel ab, indem er, um den Genossen in Basel von den vorgekommenen Verhaftungen Nachricht zukommen zu lassen, den langen Weg von Wülhausen nach Basel, da die Eisenbahnstationen von **Kaltenbach** besetzt waren, in einem Tempo zu Fuß zurücklegte. Athemlos langte er in Basel an, um, ungleich jenem Griechen von **Marathon**, von einer — verlorenen Schlacht Meldung zu machen.

Bei dieser Gelegenheit sei noch erwähnt, daß der Polizeimann **Kaltenbach** respektable Anforderungen macht, um unsere Genossen in Basel abzuholen zu werden. **Kalt** unterschätzt, hat er der Frau **Hidel** 100 Mark und — wer laßt da nicht! — dem **Genossen Hirler** als Vorschuß 30 Mark an, wenn sie den betreffenden Genossen nach Wülhausen locken würden. In Basel erweist sich des schlechten resp. des deutschen Bürgerrechts. Schuld- und schloß sich er da. Was zum Teufel hat denn da dieser Polizei ein Fangegeld auf seinen Kopf zu setzen? Aus welchem Fond werden diese Summen entnommen, Schuft von **Kaltenbach**?

Die Wahlen vom 27. Oktober gaben eine kleine Antwort auf den obigen Prozeß. Wir mußten natürlich mit der größten Vorsicht zu Werke gehen und aus eben dem Grunde konnten nur 11 Mann mit dem Vertheiler betraut werden, weshalb auch, besonders in der Stadt, die Verbreitung eine sehr mangelhafte war. **Kaltenbach** erklärte mehreren, daß sie nur die Flugblätter zeigen möchten, die Wahl sei frei und das Flugblatt ja nicht strafbar, und trotzdem hielt der Gute drei Hausdurchsuchungen nach diesem Flugblatt ab. Jedoch — gerade als er beim besten Hausdurchsuchung war, stieß ihm ein Genosse mit dem flebrigsten Hummi ein solches Flugblatt an seine eigene Handhabe an. Einschlichterungen fehlten auch nicht, trotzdem der Statthalter von **Kantestuff** sein Wort gegeben hatte, daß die Wahlen in Elfaß frei sein sollten. Ein Wertwörter in den Eisenbahnwerkstätten erklärte der Arbeitern: „Wer für **Liebnecht** oder **Stollus** stimmt, wird aus der Arbeit entlassen.“ Nicht wahr, Bürger Redakteur, das Elfaß wird von den Deutschen moralisch zurückgebracht? (Ja, ob! D. Red.)

Trotzdem nun, wie gelagt, die Vertheilung noch eine mangelhafte zu nennen war, trotzdem wir aus dem Groß-Hünninger Kanton (Schweizer Grenze) gar keine Stimmen amtlich gezählt bekamen, erhielt **Liebnecht** doch 478 Stimmen, meistens auf den Dörfern. Nun theilt uns aber ein Genosse aus **Hagenheim** mit, daß daleibst 31 Stimmen auf **Liebnecht** gefallen seien. Nach amtlicher Zusammenstellung liefert aber der ganze **Gr. Hünninger Kanton** gar keine Stimmen für **Liebnecht**, so daß da ein klein wenig vorrigger la fortune gespielt wurde. **Liebnecht** erhielt in Wahrheit bedeutend mehr Stimmen. Aber sind denn für den Anfang auch bloß 478 Stimmen nicht genug? Boden ist für den Sozialismus vorhanden, und bearbeitet wird er werden.

Ihr aber, Arbeiter von **Wülhausen**, aufgewacht und dem Sozialismus die Augen zugewandt. Erallein kann uns befreien vom Druß der Fabrikanten und der Gewaltthätigkeit. Reicht Euren Brüdern, den anderen Arbeitern, die entschlossene Vertheidigung, Gedankes der Worte **Veranger's**: Die Menschen sind ja alle Brüder und unter Feind die Tyrannei!

Sprechsaal.

An die verehrliche Redaktion des „Sozialdemokrat“.

Sie haben in mehreren Nummern des „Sozialdemokrat“ die Rede geteilt, die ich bei der Berathung der Denkschriften über die Vertheidigung des kleinen Verlagsunternehmens im Reichstag gehalten habe. Ohne mich auf die von Ihnen beliebige Form des Ausdrucks näher einzulassen, bemerke ich inwiderth, daß es Ihnen wohl besser angehanden haben würde, wenn Sie von mir eine Erklärung verlangt hätten, bevor Sie sich in so heftigen Angriffen gegen einen alten Parteigenossen ergingen. Zunächst sei positiv erklärt, daß ich keineswegs beabsichtige oder beabsichtigt habe, den offiziellen Charakter des „Sozialdemokrat“ anzusehen. Dieser offizielle Charakter gründet sich auf einen Beschluß des Wiener Kongresses, an dem ich zwar keinen Theil habe, den ich aber auch nicht anerkennen kann, selbst wenn ich dies wollte, warum ich in jener Rede nicht entfernt gedacht habe. Ich gebe zu — und dies ist der einzige Punkt, in welchem Sie Recht haben mögen — daß ich mich hätte deutlicher ausdrücken sollen. Hätte ich gesagt, wie ich sagen wollte: „Die einheimische Partei hat keine Organe mehr in Deutschland“ — hätte ich die Worte „in Deutschland“ also hinzugefügt, so wäre kein Mißverständnis möglich gewesen.

Die Scheidung in „ausländische“ und „einheimische Partei“ bezog sich doch bloß auf die Verschiedenheit der Taktik, deren Vorhandensein niemand bestreiten wird. Ein Gegensatz — und vollends ein prinzipieller — sollte damit nicht ausgedrückt sein; es kann ihn auch nur eine gewaltsame Interpretation aus meinen Worten herausziehen wollen.

Wenn Sie verlangen, daß ich Artikel, wie den über **Hirler**, den der Minister des Innern vorlas, im Reichstage vertreten soll, so kann ich diesem Verlangen nicht stattgeben. Meine Wähler haben mich nicht nach Berlin geschickt, um Artikel zu vertreten, in denen ganz offen der Todtschlag empfohlen wird, sondern am mich an der Gehegung zu betheiligen und im Sinne des sozialdemokratischen Programms auf dieselbe einzuwirken. Ich habe nichts dagegen, wenn andere sich in „revolutionären“ Krautproben überbieten; ich selbst aber finde keinen Geschmack daran, und meine Wähler wissen ganz gut, daß ihnen alle die donnernden Revolutions-Pronunciamentos noch keine Suppe geschmeckt haben. Ich liebe nun einmal eine gemäßigtere Form des Ausdrucks — was mit den Prinzipien gar nichts zu thun hat — und schätze es als eine glückliche Errungenschaft, den journalistischen Flegeljahren entwachsen zu sein. Sie aber sind nicht berechtigt, mir in diesem Punkte Vorschriften zu machen.

Die sozialdemokratische Fraktion wird eine Erklärung abgeben, in welcher sie die Grenzen ihrer Verantwortlichkeit gegenüber den einzelnen Artikeln des „Sozialdemokrat“ bestimmen wird. Daran wird sich von selbst ergeben, wie weit die Berechtigung der Redaktion in ihrer Kritik bezüglich der Thätigkeit der Abgeordneten geht, und ob wir Abgeordneten verpflichtet sind, uns eine Kritik in der Form, wie sie mir gegenüber von Ihnen beiseite wurde, gefallen zu lassen.

Wenn Sie schließlich auch an meinem journalistischen Beruf sich reiben, so erwidere ich dies für mich sehr einfach dadurch, daß ich mir wohl erlauben darf, auch die geehrten Herren Redakteure des „Sozialdemokrat“ als Journalisten zu betrachten.

Berlin, 12. Januar 1882. **Wilhelm Bloß.**

Wir haben zu dieser Erklärung folgendes zu bemerken:

1. Ob die vom Minister **Fritzsche** gelesene und von uns in Nr. 52 des „Sozialdemokrat“ vom vor. Jahre auf's Neue abgedruckte Stelle aus unserm Leitartikel vom 28. Juli vor. J. eine „offene Empfehlung des Todtschlages“ enthält, müssen wir dem Urtheil unserer Leser überlassen. Hätte der Abgeordnete **Bloß** den Artikel selbst gelesen, was wir nach obigem Ausspruch zu bezweifeln allen Grund haben, oder hätte er, was im anderen Falle sehr am Plage gewesen wäre, dem Minister zugerufen: „Weiterlesen!“ so hätte sogar ihn der unmittelbare folgende Satz:

„Wie viel Grimm, wie viel Haß, wie viel Verzweiflung muß im Herzen des Volkes angehäuft sein, wenn es, die natürliche Scham vor dem Tode überwindend, die Ermordung seines Feindes feiert!“

darüber belehrt, ob es sich da um eine „Empfehlung des Todtschlages“ handelt. Wir wollen übrigens mit diesem Hinweis in keiner Weise abschwächen, was wir in jenem Artikel gesagt, sondern erklären nach wie vor, selbst auf die Gefahr hin, demnachst wieder desavouirt zu werden, daß wir uns voll und ganz dem Urtheil des Volkes in der Angelegenheit **Hirler's** anschließen, des Volkes, welches den „Nieder“ des Scheitens **Sothen** freispricht.

2. Ob einer infam unterdrückten Partei und zudem der Partei des revolutionären Proletariats, eine „gemäßigtere Form des Ausdrucks“ besser ansteht als „revolutionäre Krautproben“, mögen gleichfalls die Genossen entscheiden. Wir sind vielleicht den journalistischen Flegeljahren noch nicht genug entwachsen, um für die weisse Wäsche des gereinigten Alters das richtige Verständnis zu besitzen.

3. Werden wir uns unendlich freuen, wenn die gelegentliche Thätigkeit des Abgeordneten **Bloß** den Erfolg haben wird, seinen Wählern die Suppe zu schmalzen, und dann nicht ansehen, ihm feierlich Abbitte zu thun.

4. Würden wir nicht unterlassen haben, den Abgeordneten **Bloß** direkt über seine Rede zu interpellieren, wenn wir uns nicht zu der Annahme berechtigt geglaubt hätten, der den journalistischen Flegeljahren glücklicherweise entwachsene Volkvertreter habe wohlüberlegt und mit dem vollen Bewußtsein der Tragweite seiner Worte gesprochen.

Wir müssen annehmen, der **Käufert**, den er in seiner Rede der Redaktion des „Sozialdemokrat“ und den im Auslande weilenden Genossen erstreckt, sei ein wohlbedachter gewesen. Daß dies nicht der Fall, konstatieren wir mit Genugthuung, und hoffen damit den Konflikt einstweilen beendet.

Ueber die Haltung des Parteiorgans wird sich hoffentlich in nicht allzuferner Zeit die Partei selbst aussprechen haben. Bis dahin werden wir bemüht bleiben, so zu schreiben, wie wir es vor der Partei glauben verantworten zu können.

Die Redaktion des „Sozialdemokrat“.

Briefkasten

der Expedition. **Marathon**: Fr. 1,50 Ab. 1. Ou. erh., seit noch Jhr. für 3 Epl. Fr. 14,15 d. Bhdg. behändig. Weiteres besorgt u. vorgem. — **Ebd. Bern**: Ab. 5. — u. d. d. l. — **Portofreischlag** bis Ende April erh. — **Fofen**: Ab. 2,70 Ab. 1. Ou. erh., letzten 30 Bg. Eray abgg. — **Agent d. Br. W. piffen**: Ab. 14. — Ab. 1. Ou. x. erh. — **Foderfsg.** sehr zu empfehlen! — — **g. Pfm.**: Ab. 3. — Ab. 1. Ou. erh. — **g. l. g.**: Ab. 3,90 Ab. 1. Ou. u. 1 Photogr. erh. — **St. am 17/1 mehr**. — **J. Joush. i. N. J.**: Fr. 259. — **g. l. g.** erh. am 12/1 Schft. abgg. — **J. Strauß i. N. J.**: Fr. 56,95 **g. l. g.** erh. am 12/1. — **u. a. d.**: Fr. 30. — **durch Freundschaft** erh. u. **g. l. g.** erh. — **benutzt**. — **Hain. Sturmwozel**: Ab. 3. — Ab. 1. Ou. erh. — **B. Wien**: d. d. 3,60 Ab. 1. Ou. erh. — **Gewünschten** abggel. — **E. E. Men.**: Fr. 6,12 (Ab. 5.) **g. l. g.** erh. — **A. R. Ga.**: Ab. 3. — Ab. 1. Ou. erh. — **Weiteres notirt**. — **Gen. Paris**: Fr. 13. — Ab. 1. Ou. erh. — **Entbehrliches** v. 4. Ou. retour erbeten! — **Wollenstein**: Ab. v. 21 am 5/1 beannt. — **H. I. H.** am 15/1 erh. — **L. S. Paris**: **g. l. g.** erh. — **g. l. g.** erh. — **g. l. g.**: Ab. 1. Ou. erh. — **J. J.**: Ab. 12,60 Ab. 1. u. 2. Ou. u. Schft. erh. — **E. bestellt**. Weiteres d. Red. zugewiesen. — **Gruf!** — **E. Tde. S.**: Fr. 2. — Ab. 1. Ou. erh. u. **A. B. Bern**: Fr. 2. — Ab. 1. Ou. erh. — **Kau. war schon fort**. — **L. Paris**: Fr. 5. — Ab. 1. Ou. erh. — **K. Sch. i. W. Str.**: d. d. 2. — Ab. 1. Ou. x. zugeseh. Weiteres d. d. — **Alteverus**: Ab. 13. — **g. l. g.** erh. — **g. l. g.**: Fr. 4. Ou. 81 u. 2 Epl. 1. Ou. 82, sowie Btgr. erh. — **L. Sch. E.**: Ab. 3. — Ab. 1. Ou. x. erh. u. d. d. verro. — **Dornbach** **Beladsh.**: Fr. 51,80 **g. l. g.** erh. — **11 Epl.** mehr für **Sch. beilegt**. — **Proft** u. **J.**: — **T. L. S.**: In deutsch: „Geh' unbetreit dem Weg und laß die Leute schwoagen!“ — **„R.“** folgt. Sollte ja nicht eilen. — **Verpätung** d. Briefpost haben d. Schuldigen gedrig monit. — **P. — a.**: Wissen wir, daß Sie weg sind, wenn Sie Nichts melden? **Sdg.** „in Tempels Küche“ fohst **J. h. G.**! — **Wadny!** — **„So schnell schießen die Pruzgen denn doch nicht.“** — **W.** am 17. abgg. — — **g.**: Mehrbeilg. angenehm. **Weds** nicht minder. — **Gruf!** — **H. R. Kym.**: **Jeritum** beichtigt. Fr. 2. — **d. rothen** **g.** zugem. — **Dank!** — **Hypofrates**: Fr. 30. — **g. l. g.** zugeseh. — **Troß höchst Sympat.** i. d. **Naturheilvers.** können Aufsch. nicht unterbringen. — **Glühwurm** **H.**: Fr. 7,35 **g. l. g.** erh. — **Rafu** — **Rafu**: Ab. 80. — **Ab. eingetr.** — **Hansen**: Fr. 2. — Ab. 1. Ou. erh. — **Rafu**, auch für **M.** schon fortgewesen. — **K. W. Kln.**: Ab. 3. — Ab. 1. Ou. erh. — **Erinnungsschau**: Das Bad beizen, daß den Buchsen die Haut „geländer“ wird. **Holz her!** — **L. Paris**: Fr. 50. — **Schft.** **g. l. g.** erh. — **Fr. v. 16.** erh. nach Schluß d. **Bl.** eingetr. — **H. folgt.** — **E. D. E.**: Ab. 3. — Ab. 1. Ou. erh. — **H. R. A.**: Ab. 3. — Ab. 1. Ou. erh. — **60 Etd.** **Hfm.** abgg. — **„Zed. Spiegel“** registirt. — **Seels**: **H. v. 15/1** nebst **Beil.** erh. — **Beilg.** folgt. — **Ferd.**: **Abgang** des **Kten** in **V.** veranlassen. **Schr. dringl.** **H. v. 10.** u. an **E.** erh. — **H. J. Paris**: Fr. 5. — Ab. 3. u. 1. Ou. erh. — **V. V. London**: Ab. 6. — in **Hfm.** erh. — **Ausschl. d. d.** — **D. H. K. S. Wäbenw.**: Fr. 10. — v. d. **Waidnachtsfeier** d. **Ufda.** d. d. zugem. **Hdsattg.** später. — **Kleiner Schwarzpfl.**: „Dem Mann kann geschossen werden.“